

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

104 (4.5.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise: Die 10 getragene Mittelwertseite kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Mittelwertseite 60 Pfennig o. bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der die Mittelwertseite des Tagespreis ist, bei gelegentlichen Betrieben und bei Anzeigen außer Tarif tritt o. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 12 Pfennig, o. bei der Resten-Mittelwertseite 8 Pfennig.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Auktions- / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis: monatlich 1,82 Mark, wöchentlich 38 Pf. Zeitungsbesitzer o. ohne Zustellung 1,80 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gelegenheitspreise monatlich 11 Pf. o. Postzusendung 2000 Reichsmark o. Gelegenheitspreise und Redaktionen: Karlsruhe i. B., Waldstraße 29 o. Journal 7020/1021 o. Postfach 11010 Karlsruhe, Hauptstr. 9, D.-Doblen, Jagdhausstr. 12, Reckart, Reckart, 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 104

Karlsruhe, Mittwoch, den 4. Mai 1932

52. Jahrgang

Rücktritt des Wirtschaftsministers

Brüning und Hindenburg - Das gestörte Intriguenspiel - Der Steinwurf aus Bayern - Warmbold geht vor einem Verbot aller militärischen Verbände

Enttäuschte Projektmacher

Brüning bleibt - Warmbold geht

Am Dienstag mittag hat eine Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler stattgefunden. Es ist darüber ein offizieller Bericht ausgegeben worden, der die völlige Übereinstimmung zwischen Reichspräsidenten und Reichskanzler feststellt, und alle Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen beiden als in jeder Hinsicht unrichtig bezeichnet. Eine stille Ministerarbeit unerantwortlicher Personen, die genau in dem Augenblick eingeleitet hat, als der Reichskanzler nach Genf abgereist war, hat ihr Ende gefunden, ohne daß sie Erfolg gehabt hätte.

Eine Clique, die umso größere Projekte machte, umso geringeren Rückhalt sie im Volke oder in den politischen Parteien hat, hat den Versuch unternommen, Gröner beim Reichspräsidenten matt zu setzen oder doch solche Verwirrung zu schaffen, daß eine Krise unausbleiblich würde, in der mit Gröner und Brüning die bisherige Regierungskonstellation im Reich untergehen müßte. Ueber diese Treibereien hat nach kurz vor Abschluß der Warmbolds aus Bayern unterrichtet. Es ist aber heute alles ganz anders, als es sich die Treiber vorgestellt hatten.

Es wird allerdings eine Veränderung im Reichskabinett eintreten. Der Reichswirtschaftsminister Warmbold scheidet aus. Er hat seit seinem Amtsantritt den Standpunkt vertreten, daß die beste Wirtschaftspolitik in der Enthaltung von jeder Wirtschaftspolitik besteht. Es hat sich daraus ergeben, daß der Reichswirtschaftsminister Warmbold, dessen Name dem breiteren Publikum kaum bekannt geworden ist, samt seinem Ressort im wesentlichen bei den politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der letzten Zeit nur eine dekorative Rolle gespielt hat. Herr Warmbold, dessen Aufgaben gerade in den letzten Monaten berührenden Fragen im Kabinett fast durchweg in der Minderheit geblieben sind, hat sich bewegen lassen, sich einigmal mit Rücktrittsabsichten zu betragen. Da das Kabinett auf Entscheidungen zusteuert, die im geraden Gegensatz zu Warmbolds wirtschaftspolitischen Auffassungen stehen - 40-Stundenwoche und Prämienanleihe - ist ihm jetzt kein anderer Weg als die Konsequenzen zu ziehen.

Ob die unverantwortlichen Intriganten gegen das Reichskabinett mit diesem latenten Gegenstand des Reichswirtschaftsministeriums zum Kabinett gerechnet haben, steht dahin. Sollten sie es getan haben, so scheinen sie sich verrechnet zu haben. Aus dieser Demission folgt nicht, wie einige aufgelegte Zeitungen meinen, eine Kabinettskrise herauszuwachsen, vielmehr soll innerhalb 24 Stunden Warmbolds Nachfolger ernannt werden. Entweder ist es der Leipziger Oberbürgermeister Göddeler, der am Mittwoch in Berlin eintrifft, oder der gegenwärtige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Ehrenberg.

Ueberhaupt ist es interessant zu beobachten, daß ein Teil der Presse jetzt von der Möglichkeit krisenhafter Entwicklung spricht, und kommende hochpolitische Entscheidungen in dem Zustand des Reichskabinetts andeutet, wo die eigentliche Entscheidung gegen eine krisenhafte Entwicklung bereits gefallen zu sein scheint. Die Übereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler soll so stark sein, wie nie zuvor. Ebenso soll völlige Übereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und Minister Gröner bestehen. Gerüchten, wegen der ernsthaften Differenzen wegen des St.-Verbots und wegen der Behandlung des Reichsbanners wissen wollen, steht die Tatsache gegenüber, daß am Mittwoch zwei Verordnungen erlassen werden, die unter der Federführung Grönners erlassen sind und über die Einigkeit zwischen Gröner und Hindenburg besteht.

Die eine sieht ein gewisses Aufsichtsrecht der Reichsregierung über amtliche nationale Organisationen vor, die sich auf deren Satzungen beziehen, die andere betrifft die Gottlobsbewegung. Von einem Verbot des Reichsbanners, das den Krisentreibern als Sprengpulver willkommen wäre, ist keine Rede.

Das geschäftige Treiben der Krisenmacher in verantwortlichen und unerantwortlichen Positionen hinter den Kulissen und in der Presse hat also nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Bleibt die Möglichkeit eines Angriffs auf den Bestand des Kabinetts Brüning in der Reichstagstagung. Wie sich die bei den Präfektenwahlen völlig aufgereiebenen bürgerlichen Gruppen bei einem solchen Angriff verhalten werden, steht dahin. Wie aber nach einem eventuellen Sturz der Regierung Brüning im Reichstag eine neue Regierung zustande kommen soll, das wissen die geschäftigen Krisenmacher selber nicht.

Die Sozialdemokratische Partei sieht den Dingen in voller Ruhe entgegen. Sie ist auf der Hut. Ihr Hauptaugenmerk gilt vor allem den ernsten außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen, die jetzt akut sind und die kein noch so geschäftiger Krisentreiber verdunkeln kann!

„Der Steinwurf in den Berliner Sumpf“

Der überaus scharfe Vorstoß, den die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei gegenüber den Treibereien in Berlin unternommen hat, scheint in vollem Umfange begründet zu sein. Man hat die Abwesenheit Brünings während seiner Tätigkeit in Genf dazu benutzt, um weitgehende Intrigen anzusetzen, die eine Kabinettskrise herbeiführen und eine Reichsregierung auf die Beine stellen sollte. Der Vorstoß der erwähnten Korrespondenz hat nun färsend gewirkt und die oben mitgeteilte Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler hat das übrige dazu beigetragen, daß das Intriguenspiel erfolglos geblieben ist.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei ging am Montagabend erneut auf die Vorgänge in Berlin ein und führte gegenüber den Berliner Demissionen unter anderem das folgende aus:

„Man würde dem Reichskanzler einen schlechten Dienst tun, wollte man auf menschliche Verpflichtungen hinweisen, die sich aus der Treue ergeben, die gerade Dr. Brüning in diesem Wahlkampf der Person Hindenburg gegenüber an den Tag gesetzt hat. Es geht hier

nicht um Personen, sondern um Sachen, die oberhalb der Sphäre liegen, in der Werte wie menschliche Dankbarkeit eine schöne Geltung haben. Je unpersönlicher und sachlicher man die Aufgaben der deutschen Innen- und Außenpolitik betrachtet, wie sie sich nach der Reichspräsidentenwahl ergeben haben, desto unverständlich müssen Rathschläge und Pläne erscheinen, die mit der Begründung an den Reichspräsidenten herangetragen werden, daß die politische Lage in Deutschland eine möglichst rasche Entscheidung der Regierung Brüning erheische. Damit wird der politische Sinn und der politische Zweck von Hindenburgs Wahl vollkommen auf den Kopf gestellt. Daß dem so ist, beweisen die angeblichen Rathschläge, mit denen gewisse politische Wettermacher während der Abwesenheit des Reichskanzlers in Genf in Berlin haufieren gingen. Das Projekt, über die Reichsgröner zu einem Sturz des Gesamtkabinetts zu gelangen, um einen politischen mit den Nationalsozialisten fraternisierenden General zum Reichskanzler zu machen, öffne doch wohl jedem nüchternen Beobachter die Augen darüber, wohin der Weg der deutschen Politik sich abwendet, wenn man dem Reichspräsidenten summen will, sich von der Politik Brünings abzuwenden.

Dieser Weg führt mitten in jene politische Experimentiererei hinein, die von Experiment zu Experiment führen würde, bis bald alle jene Grundlagen des Reichs und des Staatslebens zerstört wären, die zu sichern und zu festigen das Verdienst der Hindenburgwahl gewesen ist.“

Wenn Nazis regieren

In Mecklenburg-Strelitz regiert seit einigen Wochen eine „nationale Koalition“. Eine nationalsozialistisch-deutschnationale Landtagsmehrheit beherrscht diesen kleinsten deutschen Einzelstaat. Was sind dort die großen Taten der Volksbefreiung von denen Hitler und seine Trabanten in den Volksversammlungen singen und gaulen? In diesem Mecklenburg-Strelitz hätten die Nazis die gute Gelegenheit, ihre Versprechungen wahr zu machen. Sie hätten mindestens die Macht, alles das besser zu gestalten, was sie an der bisherigen Regierungstätigkeit in Preußen, an Bayern, an Baden oder in Hamburg kritisierten, und als Verbrechen in Grund und Boden verdammt hätten.

Weit gefehlt! In der gesamten Nazipresse sehen wir nirgends ein Wort über Mecklenburg-Strelitz. Was wir immer gesagt haben von den Naziführern, in diesem von ihnen regierten Lande bestätigt es: „Vollstetzig von Hitlers Gnaden“ schwärzt auf weiß. Rund 16 Millionen betrug der bisherige Etat des Landes. Der neue Etat der „nationalen Regierung“ ist um rund 3,3 Millionen Mark gekürzt worden. Und dieses in der Zeit der schwersten Not und des größten Elends der Kleinbauern und der Arbeitlosen. Während die Ausgaben aller Länder und Gemeinden infolge der sozialen Lasten und Anforderungen steigen, senken die Hitler- und Saengerleute dort, wo sie regieren, den Etat um ein Fünftel, mit anderen Worten: Sie vermindern die sozialen Leistungen und vermehren damit die Not und den Hunger.

Gestrichen sind in Mecklenburg-Strelitz die Ausgaben für das Landestheater, das seine Porten schließen und alle Künstler, Angestellte und Arbeiter auf die Straße setzen muß. Kultur im Dritten Reich! Geht es nicht die Beamtengehälter und das Volk wird von der „nationalen Regierung“ noch mit einer neuen Schatzsteuer begrüßt, die einen großen Teil der 880 000 Mark neuer Staatseinkünfte bildet. Mitbin: Erhöhung der Reichssteuer!

Immerhin! Die nationale Regierung und die Abgeordneten des Herrn Hitler in Mecklenburg-Strelitz lassen das beglückte Volk nicht völlig verdorren. Sie geben auch etwas und haben sich auch zu einer

Tat aufgeschwungen. Nach dem 9. November 1918 setzte sich der Staat in den Besitz des von seinen Bewohnern verlassenem großherzoglichen Schlosses. Errichtet war es von dem Staat und den Steuerträgern des Volkes. Statt der Jutta von Montenegro, Herrscherin dann das Riesengebäude verschiedene Verwaltungen und vor allem zog der Landtag dort ein. Seit dem Umsturz tagte das Parlament im Schloß. Damit soll es jetzt ein Ende haben. Die nationale Koalition hat ihre Regierung beauftragt, das Parlament aus dem Schloße zu entfernen, damit nicht die historischen Räume daran erinnern, welcherlei Vorgängen das gegenwärtige System seinen Ursprung verdankt.

Das ist die große Tat der „revolutionären und sozialistischen Arbeiterpartei“. Gegen die Armen - für Jutta von Montenegro, für das großherzogliche Haus und seine Mätressen, denen Mecklenburg-Strelitz Millionen an Anwesen bezahlen muß. Vielleicht gibt auch einmal der Jutta-Sozialist von Strelitz darüber Auskunft, weshalb sich während des Krieges der Großherzog von Strelitz, ein Blutsverwandter des russischen Zaren und des englischen Königs erschließen mußte, warum und weshalb er auch nicht in der Fürstengruft beigesetzt ist. Vielleicht gibt er dann auch wie über soziale andere Vorgänge an deutschen Fürstentümern Auskunft über den Untergang der deutschen Monarchen, von denen jetzt die Nazis in Ehrfurcht ersterben. Auf jeden Fall wird das „Dritte Reich“ gute Zeiten für alle ehemaligen Prinzen, Fürsten und ihre Mätressen bringen. Die von den Hohenzollern und den ehemaligen Fürsten der „nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ gependelten Millionen werden gute Zinsen ergeben, wenn die Hitler und Goebbels an die Macht gelangen sollten. Diesen Beweis schon nach wenigen Wochen ihrer Tätigkeit erbracht zu haben, das verdanken wir wenigstens der „nationalen Regierung“ in Mecklenburg-Strelitz.

In der Agitation haben die Nazis während der letzten Wahlkämpfe Landauf Landab immer wieder erklärt: es muß alles anders werden. Mecklenburg-Strelitz zeigt, wie es anders wird, wenn Nazi regieren.

Hitlers Mordbanden

So sieht es um Hitlers Legalität aus

Einen Beitrag für die Hitlersche Legalität und politische Erschließungspolitik lieferte das Braune Haus in Hildesheim. Durch ein offenes Fenster sah man bei diesem Blick ins Dritte Reich eine quer geschnittene Schnur, an der drei Puppen hingen. Beim näheren Betrachten sah man dann, daß die drei Gebänderten Schilder trugen, auf denen deutlich „Brüning“, „Gröner“ und „Severing“ stand.

Die Hildesheimer Zeitung, ein Zentrumblatt, bringt Photogramme davon und fragt: „Ist das intellektuelle Attentat zur Hebereschast oder nicht? Wer schwebt nun in Hildesheim schnell den Legalitätseid? Was sagt Herr Kube dazu, der

am Tage nach der Wahl eine so sachliche und ruhige Erklärung abgab, die nicht anders, denn als Einleitung zu Koalitionsverhandlungen verstanden werden konnte?

Danziger SS-Führer erschießt sozialdemokratischen Stadtverordneten

BRD. Neureich (Kreisausschuss Danzig), 3. Mai. Der Bauunternehmer Rudinski, Führer der hiesigen SS, hatte heute vormittag mit der Frau des sozialdemokratischen Stadtverordneten Grubn eine Auseinandersetzung. Am Nachmittag wollte Grubn den Bauunternehmer auf der Straße zur Rede stellen. Als mehrere Nationalsozialisten hinzueilten, kam es zu Tätlichkeiten. Rudinski zog eine Pistole und gab auf Grubn und dessen Ehefrau vier Schüsse ab. Grubn wurde durch einen Schuß ins Herz auf der Stelle getötet. Seine Frau blieb unverletzt.

Genossenschaftstagung

Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Südwestdeutschland

Von Michael Pfleger, Heidelberg

Am 4. und 5. Mai 1932 findet der ordentliche Verbandstag des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine in Baden-Baden statt. Dem Verband sind angeschlossen: Die Konsumgenossenschaften im Freistaat Baden, der Rheinpfalz, Birkenfeld (Oldenburg), Hessen, der südliche Teil von Hessen-Nassau, eine Genossenschaft des Rheinlandes (Welsch a. d. Lahn) und das Saargebiet. Der Verband ist dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, als Unterverband angeschlossen.

Die wirtschaftliche Zentrale der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, kurz GEG genannt. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine erzielte im Jahre 1931 einen Umsatz von 428 419 903 M. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine besitzt rund 50 vorbildlich ausgestattete Fabriksbetriebe, in welchen im abgelaufenen Geschäftsjahr für 145 326 692 M. Bedarfsgüter erzeugt wurden. Der Wert der zentralen Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine beträgt bereits 33,8 Prozent des gesamten Umsatzes der Gesellschaft. Auf diesen erfreulichen Fortschritt der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion wird hiermit besonders aufmerksam gemacht.

Die Entwicklung des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine ist aus den nachstehenden Zahlen zu ersehen:

Jahr	Zahl der Vereine	Mitglieder	Beteiligungsstellen	Umsatz
1910	113	91 906	321	22 008 400 M.
1914	100	138 187	464	35 283 320 M.
1924	106	405 758	1078	36 295 095 M.
1931	104	302 095	1215	97 116 965 M.

Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Jahre 1910, also in rund 20 Jahren, mehr als verdreifacht. Gegen das Jahr 1924 ist zahlenmäßig ein Mitgliedererfolg von rund 100 000 zu verzeichnen. Während des Krieges, insbesondere aber während der Inflationszeit, hatten die Genossenschaften ganz abnorme Mitgliederzuwächse zu verzeichnen. Die Verbraucherenschaft hatte die Gewähr, daß sie in den Konsumgenossenschaften die rationalisierten Waren gewissermaßen parafakt erhielt. Einige besonders Schlaue hofften durch ihre Beteiligung an der Genossenschaft auch noch Sonder Vorteile in Form von Warenumwechslungen zu erhalten. Von diesen „Zudemittlern“ der Inflationszeit mußte ein großer Teil wieder ausgeschlossen werden. Diese „Inflationserben“ und Kustner der konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen haben den Genossenschaften den Rücken gefehlt, als wieder allenthalben Waren zu erhalten waren. Der Stand überzeugungstreu und verantwortungsbewußter Mitglieder hat indessen einen ganz erfreulichen Fortschritt aufzuweisen. In der Genossenschaftsbewegung kennt man keine „passiven“ Mitglieder, die sich nicht praktisch betätigen, bedeuten nur einen Ballast und müssen aus der Bewegung ausgeschlossen werden.

Ueber die Anteilnahme der Bevölkerung nach Beruf und sozialer Stellung in den Genossenschaften des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine unterrichtet die nachfolgende Tabelle:

1931			
Selbständige Gewerbetreibende	16 843	5,6 %	
Selbständige Landwirte	9 869	5,3 %	
Angehörige freier Berufe, Staats- und Gemeindebeamte	46 911	15,5 %	
Gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen in gewerblichen Betrieben	199 503	65,9 %	
Gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen in landwirtschaftlichen Betrieben	2 595	0,9 %	
Personen ohne bestimmten Beruf	26 374	8,8 %	
	302 095	100,0 %	

Aus diesen Zahlen ergibt sich mit voller Deutlichkeit, daß in den Konsumgenossenschaften alle Bevölkerungsschichten vereint sind. Es gibt zum Glück noch aufrechte Menschen, die allem Geschrei der Genossenschaftsgegner zum Trotz den Konsumgenossenschaften treu bleiben und ihre eigenen sowie die Interessen der Mitmenschen dadurch fördern. Unsere Konsumgenossenschaften sind Volksgemeinschaft im besten Sinne des Wortes. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sie von beherrschender Seite neffentlich als politische Organismen gestempelt werden.

Die Zahl der Konsumgenossenschaften weist gegen dem Jahre 1910 ebenfalls einen Rückgang auf. Dieser Rückgang ist in der Hauptsache auf die starken Konzentrationsbestrebungen der Konsumgenossenschaftsbewegung zurückzuführen. Es hat sich immer mehr die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß der Zusammenschluß eines größeren Wirtschaftsbereichs zu einer einheitsvollen Konsumgenossenschaft durchwegs im Interesse eines gesunden Fortschritts der Konsumgenossenschaftsbewegung liegt. Hierbei ist natürlich zu beachten, daß die Grenzen der Ausdehnung nicht zu weit gezogen werden. Auf dem Verbandstag des Jahres 1922 in Karlsruhe wurde die äußere Begrenzung in der Ausdehnung für die Bezirkskonsumvereine festgelegt. Durch den Zusammenschluß kleinerer Konsumvereine mit größeren Bezirkskonsumgenossenschaften wird auch in Zukunft eine Verminderung der Zahl der Genossenschaften zu erwarten sein.

Das Verteilungsgeschäft der Konsumgenossenschaften wurde besonders in den Städten enamaßig gestaltet. Man war bemüht, den Mitgliedern den Einkauf in den Genossenschaften nach Möglichkeit zu erleichtern. Auch in diesem Punkt ist in den letzten Jahren das Mögliche geschehen. Für die nächste Zeit dürfte auch hinsichtlich der Errichtung neuer Verteilungsgeschäfte eine gewisse Einschränkung zu beobachten sein.

Die Entwicklung des Umsatzes hat auch im Verband südwestdeutscher Konsumvereine erfreuliche Fortschritte gemacht. Allerdings muß festgestellt werden, daß die Durchschnittsumsätze je Mitglied in den südwestdeutschen Genossenschaften teilweise erheblich niedriger als in den anderen Konsumgenossenschaftsverbänden sind. Den Durchschnittsumsatz je Mitglied im Verband südwestdeutscher Konsumvereine und in den zehn Konsumgenossenschaftsverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veranschaulichen die folgenden Zahlen:

Jahr	1924	1926	1928	1930	1931
Konsumvereine	89 M.	204 M.	286 M.	325 M.	312 M.
Zentralverband deutscher Konsumvereine	109 M.	234 M.	373 M.	397 M.	347 M.

Es wäre zu begrüßen, wenn auch die Mitglieder in Südwestdeutschland in erhöhtem Maße ihren gesamten Bedarf nur aus den konsumgenossenschaftlichen Verteilungsgeschäften beziehen würden. Die Leistungsfähigkeit und die preisbildende Wirkung der Konsumgenossenschaften ist über allen Zweifel erhaben. In dieser Tatsache ist nicht zu rütteln. In den Jahren 1924 bis 1931 wurden

insgesamt 22 732 603 M. Rückvergütung an die Genossenschaftsmitglieder ausbezahlt. Ferner wurden für gemeinnützige Zwecke 496 311 M. bereitgestellt. Aus diesen zwei Zahlen ist die wirtschaftliche und soziale Leistung der Konsumgenossenschaften anschaulich zu entnehmen.

Es ist ferner bekannt, daß die Konsumgenossenschaften ihren Arbeitern und Angestellten vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen bieten. Die sozialen Aufwendungen der Konsumgenossenschaften sind im Vergleich zu der Privatwirtschaft wesentlich höher. Schon aus diesem Grunde hat die organisierte Arbeiter- und Angestelltenenschaft ein ganz besonderes Interesse, die Konsumgenossenschaftsbewegung zu fördern und zu unterstützen.

Der Verbandstag in Baden-Baden findet in einer überaus schweren Zeit statt. Die Verbandsleitung und die leitenden Genossenschaftler haben mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage auf gesellschaftliche Veranstaltungen jeder Art verzichtet. Auf der Tagung selbst werden eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher und organisatorischer Fragen eingehend behandelt werden. Die Genossenschaften sind sich der Schwere ihrer Aufgaben voll bewußt. Sie werden alles aufbieten, um den Genossenschaftsmitgliedern ihre schwere Lebenslage nach Möglichkeit zu erleichtern zu helfen.

Trotz dieser besten Absichten, welche die Genossenschaften in der Zielsetzung ihrer Arbeit sich stellen, wird die Bewegung von ihren wirtschaftlichen Gegnern angefeindet und mit allen Mitteln bekämpft. Insbesondere ist es der mittelständliche Einzelhandel, die Händler und Metzger, welche die Konsumgenossenschaften geradezu blindwütig bekämpfen. Man macht die Genossenschaften für die schwierige Lage der Einzelhändler verantwortlich. Es wurde bei anderen Gelegenheiten schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Ueberhebung im Einzelhandel in der Hauptsache an der schwierigen Lage des Handels schuld trägt. Das wird aber von diesen Kreisen nicht eingesehen und der Kampf gegen die Konsumgenossenschaften mit immer härteren Mitteln fortgesetzt. Die Behauptung, die Genossenschaften sähen keine Steuern, ist schon oft widerlegt worden. Den Konsumgenossenschaften wurde im Jahre 1930 sogar eine Sondersteuer in Form einer erhöhten Umsatzsteuer auferlegt. Auch zur Zeit bemühen sich die genossenschaftsfeindlichen Kreise, den Konsumgenossenschaften neue Sondersteuern aufzubürden. Dadurch soll die lästige Konkurrenz der Konsumgenossenschaften beseitigt werden. Der Geschäftsbericht des Verbandes für 1931 schließt mit den folgenden Sätzen:

„Seide ringsum! Und dazu schlechte Zeiten. Das ist aber kein Grund, mühsam und gar verzagt zu sein. Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!“

Diesen Kampf des größten deutschen Dichters müssen die Genossenschaften im Goethe-Jahr 1932 um besonderen Verstand sich wachen. Und dann mag kommen, was will; die Genossenschaften werden allen Stürmen widerstehen und sich behaupten!

Sowjetregierung und Sowjetgewerkschaften

Schutz der Arbeiterinteressen oder Förderung der Produktion? Der Bundeskongress der Sowjetgewerkschaften in Moskau

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)

Moskau, Ende April 1932

Dem 9. Bundeskongress der Sowjetgewerkschaften, der dieser Tage in Moskau zusammengetreten ist, legt die Sowjetpresse außerordentliche Bedeutung bei. Dieser Kongress ist die erste Versammlung der Sowjetgewerkschaften nach der Verabschiedung der alten „rechtsopportunistischen“ Gewerkschaftsleitung, die den Zorn der Partei und der Regierung dadurch herausbeschwor, daß sie sich sehr energisch rein gewerkschaftlichen Aufgaben widmete. Auf dem neuen Kongress soll der Bruch mit der alten, auch in Ausland hochachtbaren gewerkschaftlichen Tradition endgültig vollzogen werden, daß die Gewerkschaften in erster Linie dazu da sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und zu schützen. Die alte Gewerkschaftsleitung stand auf dem Standpunkt, daß angesichts der gewaltigen ohnehin und ohnehin Anfordernungen des Fünfjahresplanes der Sowjetmacht an die Arbeiter die Vertretung der Arbeiterinteressen sich mit der von der Partei und der Regierung verlangten rückwärtslosen Förderung der Produktion nicht vereinigen ließe. Der frühere Vorsitzende des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften, Tomsk, versuchte die russische Gewerkschaftsbewegung mit den Gesichtspunkten der Trade Union zu durchdringen und wollte die Förderung der Industriallieferung den dafür eigentlich zuständigen Organen der Sowjetindustrie und der Regierung überlassen. Diese Politik brachte die Sowjetgewerkschaften im Laufe der Jahre mehr als einmal in einen Gegensatz zum Sowjetstaat und zur Parteileitung, eine Situation, die diesen beiden Faktoren des neuen Rufstadium immer gefährlicher erschien. Die Partei gab die Parole „Umbau der Sowjetgewerkschaften“ heraus. Dieser Umbau ist in den letzten Monaten sehr energisch betrieben worden. Offiziell handelt es sich dabei um die Schaffung eines engeren Kontakts zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen und der Industrie, wodurch eine Konzentrierung der gewerkschaftlichen Arbeit im Rahmen des Fünfjahresplanes nunmehr auch der letzten Reste ihrer Selbstständigkeit beraubt werden, aus Vertretungen der Arbeiterinteressen sollen sie von jetzt ab in reine Hilfsorganisationen der Sowjetwirtschaft umgewandelt werden.

Es wird zwar nicht ausdrücklich gesagt, jedoch deutet alles darauf hin, daß die Vertretung der Interessen der Werktätigen hinsichtlich von den Gewerkschaften nur insofern ausgeübt werden sollen, als sich dies mit den immer wachsenden Aufgaben des Fünfjahresplanes vereinigen läßt. Die Partei steht dabei auf dem Standpunkt, daß der Sowjetstaat ein Arbeiterstaat sei und daß infolgedessen der Sowjetarbeiter immer nur für sich und seine Klassenangelegenheiten arbeite; eine Vertretung der Arbeiterinteressen als Gegengewicht gegenüber dem Staat erübrige sich damit.

Die Sowjetpresse muß selbst zugeben, daß der „Umbau der Sowjetgewerkschaften“ noch bei weitem nicht abgeschlossen ist. Es ist sehr bemerkenswert, daß gerade in letzter Zeit die Moskauer Gewerkschaftsblätter in sehr scharfer Form gegen die „alte, rechtsopportunistische“ Auffassung der gewerkschaftlichen Aufgaben Stellung nehmen, ein Beweis dafür, daß diese Tendenzen in den russischen Gewerkschaften noch immer sehr lebendig sind. Die neue Gewerkschaftsleitung ist sich auch völlig im Klaren darüber, daß den Arbeitern die neue Schwertuna der Gewerkschaftspolitik nicht allein

theoretisch, sondern auch materiell durchgesetzt gemacht werden muß. Daher auch der viel beachtete Hinweis auf die Notwendigkeit, das Lebenshaltungsniveau der Sowjetarbeiter zu heben, in dem Berühmtheitsgramm des Bundeskongresses an den Parteibildatort Stalin. Dieser Hinweis ist ein, allerdings sehr sagbarer, Wind und ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsleitung diese Notwendigkeit für sehr dringend hält. Gerade in letzter Zeit kommen Meldungen aus dem Donezbecken, dem Nischni-Nowgoroder und dem Uralgebiet, sowie aus anderen wichtigen Industrieregionen des Sowjetstaates, die von einer Verschlechterung der Lebensmittellieferung der Arbeiter berichten, was sich sofort in dem Sinken der Produktion bemerkbar macht. Verzögerte Lohnauszahlungen wirken sich ebenfalls sehr ungünstig aus und trotz der energischen Anweisungen der Sowjetregierung und der Parteileitung nehmen diese Verzögerungen in erschreckendem Umfang zu. Das Arbeiterwohnungsbauprogramm ist überdies schwer gefährdet, die Preise sind auch nach der vor kurzem erfolgten starken Erhöhung in vielen Gebieten weiter gestiegen, wodurch die Lebenshaltung des Sowjetarbeiters naturgemäß weiter verschlechtert wird. Es ist daher verständlich, daß die Sowjetpresse nun dem neuen Bundeskongress der Sowjetgewerkschaften erwartet, daß dieser die Unzufriedenheit in den breiten Massen der russischen Arbeiterschaft beseitigt.

Wahlbündnis der französl. Linksparteien

Paris, 3. Mai. (Eig. Draht.) Der Exekutivrat der Radikalen Partei beschloß am Dienstag, alle Bezirksverbände aufzufordern, bei den Stichwahlen die Interessen der Radikalen Partei auf das Beste zu verteidigen und zwischen den republikanischen Parteien die notwendigen Verbindungen auf nicht ausschließliche Kandidaturen herbeizuführen, um der Reaktion den Weg zu verstopfen.

Dieser Beschluß bedeutet die offizielle Anerkennung der „republikanischen Disziplin“. Schon vor seiner Bekanntgabe haben verschiedene Bezirksverbände der Radikalen Partei verschiedene Kandidaten, die im ersten Wahlgang nicht einstimmig abgelehnt haben, ausnahmsweise die sozialistischen Kandidaten zurückgezogen. Einige sozialistische Bezirksverbände haben das gleiche ausnahmsweise radikalischen Kandidaten getan. Wenn dieses Verfahren, das in keiner Weise die Unabhängigkeit der Parteien betrifft, überall ausnahmsweise der Linkskandidaten angewandt wird, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hat, so wird es in vielen Fällen möglich sein, die reaktionären Kandidaten zu schlagen und den Sieg der Linksparteien zu verewlichen.

Die beiden noch ausstehenden Wahlergebnisse von der Kolonie Guadeloupe sind am Dienstag bekannt geworden. In einem Wahlgang freit sich der bisherige Abgeordnete Candace (radikale Linke) wieder gewählt worden, in dem zweiten Wahlgang muß eine Stichwahl stattfinden.

„Prüfungsfreiheit“ der Radikalen

Paris, 3. Mai. In einer Resolution betont der radikale Parteivorstand, er sei entschlossen, der Partei ihre volle Prüfungsfreiheit vorzubehalten, bis nach dem zweiten Wahlgang und besonders gelegentlich der Sitzung der Radikalen Parlamentsfraktion und des Exekutiv-Ausschusses am 18. Mai Beschlüsse gefaßt werden.

Deutlichste Devisenbestimmungen für Auslandsreisen

W.B. teilt mit: Die Devisenlage macht einige Berichtigungen der Bestimmungen für den Reiseverkehr nach dem Auslande und dem Saargebiet notwendig. Die Devisenbestimmungen werden für nicht geschäftliche Reisen fortan den Nachweis der Dringlichkeit der Reise verlangen; bei Reisen zum Kurabtrieb ins Auslande ist hierbei die Vorlage eines amtärztlichen Zeugnisses erforderlich.

Von einigen ausländischen Kurverwaltungen um sind in letzter Zeit Projekte verhängt worden, in denen deutschen Kurgästen erlaubten wird, bei einem beachtlichen Kuraufenthalt im Auslande bereits einige Monate vor Eintritt der Reise regelmäßige Ueberweisungen im Rahmen der Freireise vorzunehmen. Es wird darauf gewarnt, auf solche Empfehlungen einzugehen, da dieses Verfahren eine Umgehung der Devisenvorschriften darstellt.

Auch bei Geschäftsreisen wird strenger als bisher darauf geachtet werden, daß die Anforderungen an Devisen als gerechtfertigt anerkannt werden können.

Keine drohende Erblindung Macdonalds

Die heunruhigenden Gerüchte, die von der Gefahr einer Erblindung Macdonalds zu berichten wußten, stimmen, wie man erklärt, mit den Tatsachen nicht überein. Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß ihm, natürlich bei Anwendung des notwendigen Sorgfalt und Achtsamkeit, seine Augen nicht noch so lange Jahre hinaus ihren Dienst leisten.

Krisenstimmung im österreich. Parlament

Wien, 3. Mai. Im Parlament herrschte heute nachmittags wegen der bevorstehenden Entscheidung über die Anträge auf Auflösung des Nationalrates, die morgen im Verfassungsausschuß behandelt werden sollen, ausgesprochene Krisenstimmung. Unausgesprochen fanden Besprechungen des Bundesministers Dr. Buresch mit den Parteiführern statt. Zwischenzeitlich fand auch auf Anregung des Landesbauernführers Dr. Kintele die Bildung einer bürgerlichen Konzentrationsregierung zur Debatte, doch ließ man diesen Gedanken wieder fallen.

Vor Verlassen des Parlamentsgebäudes erklärte Dr. Buresch den Pressevertretern, die Besprechungen mit den Parteien würden morgen früh fortgesetzt. Sollten die Sozialdemokraten morgen im Verfassungsausschuß einen neuen formulierten Antrag auf Auflösung einbringen, und dieser angenommen werden, so werde die Regierung die Konsequenzen ziehen. Andererseits ließe es nicht fest, ob ein Auflösungsantrag der Sozialdemokraten zur Abstimmung gelänge, da, wie verlautet, der Heimatsblock vielleicht nicht zustimmen dürfte, trotzdem er selbst einen solchen Antrag nicht gestellt hätte. Die Lösung erscheint möglicherweise noch dadurch erleichtert, daß der Nationalrat nicht erst auf Dienstag, den 10. Mai, tagte.

Großrat Samuel Scherz gestorben

Bern, 3. Mai. Im Alter von fast 90 Jahren starb am Montag Großrat Samuel Scherz, Alt-Armeninspektor, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Der Verstorbene war wiederholt Abgeordneter des Großen Rates, dem er während 34 Jahren angehört. In früheren Jahren vertrat er seine Partei auch im Bundesstadtrat.

Bespitzelung der Polizei durch die NSDAP

Das heftigste Regierungsorgan teilt mit: Vor der Disziplinar-Kammer für die Schutzpolizei stand eine Berufung des Wachtmeisters Friedrich Weis vor der ersten Bereitschaft in Darmstadt zur Verhandlung. Weis wird der Vorwurf gemacht, im Auftrag der Gauleitung des NSDAP verstoßen zu haben, andere Polizeibeamte für den Nachrichtendienst der NSDAP zu gewinnen, ferner im Auftrage des Nachrichtenendienstes der NSDAP vertrauliches Material der Polizeibehörden unter Verletzung des Dienstgeheimnisses dem nationalsozialistischen Nachrichtendienst übermitteln zu haben und 3. im Auftrage der NSDAP Gefährdungsbekämpfung unter den Polizeibeamten getrieben und die politische Einstellung der Polizeibeamten der NSDAP mitgeteilt zu haben. Die Vorwürfe gehen zurück auf ein Protokoll, das Weis für den NSDAP-Nachrichtendienst angefertigt und mit seinem Namen unterzeichnet hat, und das auch die handschriftliche Unterschrift des NSDAP-Nachrichtendienstleiters Otto Kaufmann trägt. Ein Mitglied des NSDAP-Nachrichtendienstes ist aus moralischen Bedenken aus dem NSDAP-Nachrichtendienst ausgeschieden und hat dieses Protokoll mit anderem ähnlichem Material der Polizei übergeben. Weis ist wegen dieser Verärgerungen und wegen der Gefährlichkeit solchen Tuns kurzerhand aus dem Polizeidienst entlassen worden. Gegen seine Entlassung hatte er auf Grund des Schutzpolizeigesetzes von dem Reichsmittel der Berufung Gebrauch gemacht. In der Verhandlung zog Weis seine Berufung zurück. Damit ist seine Entlassung rechtskräftig geworden. Gleichzeitig ist aber auch damit die Berechtigung der erbobenen Vorwürfe ausgedeutet worden. Es ist also unbestreitbar, daß der Nachrichtendienst der NSDAP sich für seine Zwecke eines Schutzpolizeibeamten bediente, der seine Kollegen zu dem gleichen Dienstvergehen verleiten wollte, und daß der genannte Beamte seine Kollegen bespitzelte, um sie bei der NSDAP zu denuncieren.

Aus Nazi-Braunschweig

Braunschweig, 3. Mai. (Eig. Meld.) Die Verbotspraxis des Ministeriums Klages nimmt neuerdings geradezu groteske Formen an. Am Dienstag erhielten die Wasserportvereine der Stadt Braunschweig, der Kanuverein Delphin, die Wasserportabteilung des Reichsbanners und der Verein Freier Wasserportler die Nachricht, daß ihr Anwesen auf der Oster für die Zukunft verboten sei, weil öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel in Braunschweig nicht mehr gestattet seien. Wenn das so weitergeht, werden bald auch die Fußballwettkämpfe als Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden.

Herr Hitler klagt!

Herr Hitler hat beim Landgericht Berlin eine einstweilige Verfügung gegen den Herausgeber der „Röhm-Briefe“ und der „Ehrenrangliste für das Dritte Reich“ erwirkt, — zehn Monate, nachdem die „Ehrenrangliste“ im Verkehr ist, acht Wochen, nachdem die „Röhm-Briefe“ in vielen Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet worden sind.

Herr Hitler klagt aber nicht wegen des Inhalts dieser Schanddokumente der NSDAP; er ist lediglich darüber erbost, daß bei der „Ehrenrangliste“ das Geschäftszeichen seiner Partei (das soa. „Hakenkreuz“) verwendet worden ist. Und in kluger und durchaus berechneter Beschränkung seiner „Schwöbe“ läßt er nur den weiteren Gebrauch dieses Zeichens verbieten. — Wir werden diesem beherrschenden Wunsch Rechnung tragen, wenn wir auch der Meinung sind, daß das „Hakenkreuz“-Abzeichen und das Verweilen des NSDAP-ähnlich zusammengefaßt haben.

Am übrigen verbietet Herr Hitler die Behauptung, daß zehn Leute aus der „Ehrenrangliste“ noch Mitglieder der NSDAP sind. Er wagt aber nicht zu bestreiten, daß diese Herren Mitglieder der namenhaften Partei waren und erst unter dem Druck unserer Veröffentlichungen ausgeschiedigt worden sind.

Doch noch Abzug dieser kleinen Geister „ehemaliger“ Nazis bleiben immer noch achtundvierzig mehr oder minder prominente Führer, — darunter ein paar Mitglieder der Parteileitung und eine stattliche Anzahl von nationalsozialistischen Reichs- und Landesobergeordneten, — von diesen Herren läßt Hitler nicht einmal, sie seien keine Mitglieder der NSDAP, mehr. Er wagt aber auch nicht deren von uns ausgezeichnete Schandtat zu bestreiten!

Straßer wegen Beschimpfung der Reichsfarben verurteilt

Berlin, 3. Mai. (Eig. Meld.) Die Strafkammer beim Landgericht III verurteilte heute in der Berufungsverhandlung den Nationalsozialisten Georg Straßer wegen Vergehens gegen das Reichswappengesetz zu 200 Mark Geldstrafe anstelle einer an sich verhängten Gefängnisstrafe von 20 Tagen. In der Berliner Urteilsverteilung war im Jahre 1928 ein Artikel erschienen, in dem Straßer die Reichsfarben als „Schwammfleisch“ bezeichnet wurden. Der Verfasser des Artikels war bereits in erster Instanz zu 200 Mark verurteilt worden, während Straßer, dem die Verantwortung für die Veröffentlichung zufiel, damals freigesprochen wurde.

Wirkungen der Naziseuche

Wetzlar, 3. Mai. (Eig. Bericht.) Die Naziseuche bringt viele schmerzliche Arbeiter und Geschäfte um Lohn und Brot. Im Vorjahr wurden bereits verschiedene naziverseuchte Thüringer Wäber und Sommerfräulen von Erholungsbedürftigen gemieden. Jetzt überträgt sich dieser Zustand auch auf die Industrie.

Im Blankenberg, einer Enklave des preussischen Kreises Siegen, wird in der Hausindustrie die Wäberwarenhandfabrikation betrieben. Eine Düsseldorf-Firma, die bisher von dort ihre Waren bezogen hat, schrieb kürzlich an den Lieferanten: „Bei Ihrer Sendung befindet sich ein Arbeitssatz, auf welchem sich der Vermerk „Hakenkreuz“ befindet. Wir fügen Ihnen diesen Arbeitssatz bei, damit Sie feststellen können, wer sich von Ihren Leuten diese Ungeheuerheiten gegen uns gegenüber erlaubt hat. Wir werden die Konsequenzen ziehen, denn wir sind nicht gewillt, Leute zu unterstützen, die eine bezahlte Gefinnung gegen irgend welche Entschuldigungen ihrerseits ist vollkommen weidlich. Seitdem sind von der betreffenden Firma keine Arbeitsaufträge mehr erteilt worden.“

Der naziverseuchte Großpapierfabrik Röntgenhof an der Soale, Kreis Siegen, gehen in letzter Zeit ebenfalls immer weniger Aufträge zu. Große Firmen bestellen bei ihr nichts mehr. Auch der alte Lederfabrik in Ditzberg an der Soale sind in letzter Zeit mit Aufträgen verloren gegangen, weil auf dem gefälltesten Leder der Welt keine geschätzte Damenkreuze zu finden waren. Ausländische Hersteller verlassen die Häuser ohne Aufträge zu erteilen, nachdem sie in den Betrieben bemerkt, daß überall die Wände mit Hakenkreuzen beschmiert sind.

Freistaat Baden

Vertagung des Prozesses Dr. Föhr gegen Führer

D. Karlsruhe, 3. Mai. Wie wir hören, ist der Verhandlungstermin im Prozeß der Abgeordneten Dr. Föhr, Dr. Kaufmann und Diez gegen den Hauptführer des nationalsozialistischen Führer, Dr. Bader, auf Samstag, 7. Mai ds. Js., vormittags 8 Uhr, vertagt worden, weil der Beklagte Dr. Bader wegen Krankheit (?) zu dem ursprünglich auf den 4. d. M. anberaumten Termin nicht erscheinen kann. — Die durch den Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Rupp namens der NSDAP, gegen die genannten drei Abgeordneten und den Landwirt Simon aus Dauchingen erstattete Anzeige wegen Hochverrats hat inzwischen auch formell ihre Erledigung gefunden. Durch ein Schreiben des Oberreichsanwalts vom 26. April 1932, worin es heißt:

„Auf die in Nr. 75 der Zeitung Der Führer vom 16. 3. 32 erwähnte Anzeige wegen Hochverrats habe ich gegen einen Mitbeteiligten ein Ermittlungsverfahren durchgeführt. Das Ergebnis der Ermittlungen hat mir keinen Anlaß gegeben, die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Sie ins Auge zu fassen. Voraussetzungen für einen Antrag auf Aufhebung der Immunität gemäß Artikel 37 der Reichsverfassung sind deshalb nicht gegeben.“

Die Kläger haben im Benehmen mit den Parteifunktionären die von Seiten des Beklagten angeregten Vergleichsverhandlungen abgelehnt.

Gestörte Maiseiern

D. Furtwangen, 3. Mai. Die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften veranstalteten am 1. Mai einen Fadesus, an den sich eine Kundgebung vor dem Platz vor der Volkshalle anschließen sollte. Zahlreiche Gegner umfanden die Straßen und machten Störungsversuche. Es wurde getramelt. Ein Teil der Leute rief „Deutschland erwache“, der andere „Heil Mostau“. Der Rärm war so groß, daß der Redner Landtagsabg. Grohmann, sich nicht mehr verständlich machen konnte. Die verstärkte Gendarmerie mußte schließlich in Aktion treten. Die Feier wurde abgebrochen und in einem Gasthaus zu Ende geführt.

Zu dem Anschlag auf die Baden-Badener Polizeiwache

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Der Volksfreund trägt in seiner Nr. 100 vom 29. April ds. Js.

den Zustimmungen, wie es möglich sei, daß die wegen des Anschlags Verhafteten aus der Haft entlassen worden seien, und warum die Haftentlassung erfolgt sei. Hier die Antwort: Nach dem Gutachten des in der Sache gehörten Sachverständigen handelt es sich bei dem Anschlag um einen Feuerwerkskörper, dem keinerlei Sprengstoffwirkung zukommt. Demgemäß wird die Voruntersuchung gegen die Verhafteten nicht unter dem Gesichtspunkt des Sprengstoffvergehens, sondern unter dem eines Vergehens der Sachbeschädigung geführt. Die Verhafteten haben mündliche Verhandlung über den Haftbefehl beantragt. In dieser beantragte die Staatsanwaltschaft dessen Aufrechterhaltung, der zuständige Untersuchungsrichter gelangte indessen zu der Überzeugung, daß die gefälligen Voraussetzungen der Unterjuchungshaft (Flucht- und Verdunkelungsgefahr) nicht mehr gegeben seien, und hob deshalb den Haftbefehl auf; die notwendige Folge war die Freilassung der Angeklagten. Das Justizministerium ist wegen der verfassungsmäßig gewährleisteten Unabhängigkeit der Gerichte nicht befugt, dem Untersuchungsrichter irgendwelche Weisungen zu erteilen und muß es sich aus dem gleichen Grunde, solange das Verfahren schwebt, enthalten, zu dem gleichen Grunde, solange das Verfahren schwebt, auch versagen, zu der Angelegenheit irgendwie sachlich Stellung zu nehmen.

Nazilausbuben verhandeln historische Ruinen

Die in der Nähe von Breitenbrunn hoch oben auf dem Berge gelegene Burgruine „Brigittenschloß“ haben Nazilausbuben sich als Objekt ausgesucht. Auf der Südseite des noch erhaltenen Turmfüßes ist ein riesengrobes Sakreuz mit weißer Farbe angemalt worden, so daß die diese herrliche Gegend passierenden Fremden, die in der Nazizeit ebenfalls keinen Vorzug erlitten, ganz besonders schon von weitem ermuntert werden, sich unangenehme Stätten zu meiden. So werden die Bestrebungen zur Hebung des Fremdenverkehrs in denkbar niederträchtigster Weise illusorisch gemacht!

Die erste Talsahrt auf dem Rember Kanal

D. Wesel, 3. Mai. Wie das Schiffahrtsamt Wesel mitteilt, ist ab 1. Mai der Rember Kanal für die Schifffahrt bei ungestautem Rhein eröffnet worden. Die zu Berg fahrenden Schiffe und Schleppzüge müssen von nun an den Kanal benützen. Zu Tal fahrende Schiffe können vorläufig auch noch die Behröffnung auf der linken Rheinseite passieren. Talwärts fahrende Kanalfähnen müssen diesen Weg einschlagen. Die Staung beginnt voraussichtlich Anfangs September. Von diesem Zeitpunkt an bleibt das Wehr für die Schifffahrt vollständig geschlossen. Der gesamte Schiffsverkehr wird dann in den Kanal verlegt werden. Heute vormittag um 10 Uhr fuhr der erste Rheinfahrer talwärts durch den Rheinseitkanal, geführt durch das Boot „Unterwalden“.

Aus aller Welt

Mord an einem Apotheker

Herne, 3. Mai. Der 60 Jahre alte Apotheker Dr. Zimmermann wurde heute abend in einem hinter den Geschäftsräumen gelegenen Büro von einem Mann durch mehrere Messerstiche ermordet. Der Sohn des Ermordeten verfolgte mit Polizeibeamten im Kraftwagen den Mörder, der festgenommen werden konnte. Er verweigerte jedoch jede Auskunft über seine Person.

Wie wir zu dem Mord an dem Apotheker Dr. Zimmermann noch erfahren, handelt es sich bei dem verhafteten Mörder um den 54jährigen Apotheker Adolf Zwingmann aus Herne.

Zimmermann war etwa 30 Jahre früher der Apotheke in Herne, die er im Januar vorigen Jahres an Zwingmann verkaufte, während er sich selbst in Herne niederließ. Seit dieser Zeit bestanden zwischen den beiden Kollegen Unstimmigkeiten, weil Zwingmann sich bei dem Apothekenkauf benachteiligt fühlte. Am Dienstag abend gegen 19 Uhr kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung wegen der Apotheke in Herne. Im Laufe eines Wortwechsels zog Zwingmann eine Selbstschußwaffe und gab auf Zimmermann mehrere Schüsse ab, die ihn in Hals und Rinn trafen. Als Zimmermann schwer getroffen zu Boden stürzte, verfeuerte Zwingmann ihm noch mit einem feststehenden Taschenmesser ein Stich in den Rücken.

Drei Selbstmorde am gleichen Tage auf der gleichen Straße

Frankfurt, 3. Mai. Auf der Straße Sorauf Frankfurt ereigneten sich heute vormittag unabhängig voneinander drei seltsame seltsame Selbstmorde. Bei Schmalde warf sich ein 42jähriger Mann vor einen Güterzug, beim Bahnhofsberg bei Herne ließ sich ein Wäbergefell vom Zug überfahren und wenige Stunden später mußte der Automobilführer eines Juges melden, daß sich bei der Blockade Erlenholz ein Mann habe überfahren lassen, wie sich herausstellte, ein Geschäftsführer aus Frankfurt. In allen drei Fällen dürfte das Motiv zur Tat in wirtschaftlicher Not zu suchen sein.

Flugzeugabsturz über dem Magdeburger Flughafen

Magdeburg, 3. Mai. Unmittelbar nach einer Zwischenlandung stürzte heute nachmittags ein Flugzeug der Bayerischen Flugzeugwerke über dem hiesigen Flughafen aus 60 Meter Höhe ab. Die beiden Insassen wurden verletzt, die Maschine vollkommen zerstört.

Doppelmord

Berlin, 3. Mai. Der Malermeister Fritz Baars und seine Ehefrau wurden heute nachmittags in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die näheren Umstände deuten darauf hin, daß das Ehepaar ermordet worden ist. Eine Akt, mit der Baars und seine Frau offenbar erschlagen wurden, wurde neben den Leichen gefunden.

Unterjuchung bei der Stadtverwaltung von Bad Homburg

W. B. Bad Homburg v. d. S., 3. Mai. Nachdem man bereits vor einiger Zeit Unterjuchungen eines Stadtkassiers auf die Spur gekommen war, teilte heute nachmittags Stadtkassier Meisenbach dem Bürgermeister mit, daß er sich an fälschlichen Vermögenswerten in Höhe von etwa 10 000 M. vergewissert habe und aus dem Leben scheiden wolle. Bisher teilte von Meisenbach jede Spur. Seine angeblichen Unterjuchungen erschienen rätselhaft, da er keine Gelder zu verwalten hatte.

Vier englische Knaben ertrunken

London, 3. Mai. In Frome (Somerset) sind gestern vier Schulfreunde beim Spielen in die durch Regenflüsse angeschwollenen Fluten des Frome-Flusses gefallen. Die Knaben sind ertrunken.

Ein französisches Dorf beteiligt sich nicht an den Wahlen

Paris, 3. Mai. Ein ganzes Dorf in der Nähe von Perpignan hat sich geweigert, an den französischen Wahlen teilzunehmen. Es ban-

dest sich um die kleine, hoch in den Bergen gelegene Ortschaft Mantet, die infolge Fehlens von Straßen keine Verbindung mit anderen Ortschaften besitzt. Als Protest gegen die Lage haben die Dorfbewohner sich geweigert, an den Wahlen teilzunehmen, so daß die Bildung eines Wahlbüros überflüssig war.

Landwirt tötet drei Söhne

Neapel, 3. Mai. In Puglianello in der Provinz Benevento tötete ein Landwirt namens Biaggio Onofria in einem Anfall von Zorn drei seiner vier Söhne. Als die Polizei auf die Tat aufmerksam wurde und einschreiten wollte, trat der Zerrüttete Anfall, um sich zu verteidigen. Dabei ging aus Versehen aus seiner Flinte ein Schuß los, der ihn ins Herz traf.

Lebendig verbrannt

Wes, 3. Mai. Der neunzehnjährige Sohn einer umherziehenden Korbmacherkolonie ist im elterlichen Wohnraume lebendig verbrannt. Er scheint am Tische eingeschlafen und einer brennenden Kerze zu nahe gekommen zu sein. Silberfend rannte er auf die Straße, wo Passanten ihm zu Hilfe kamen. Seine Brandwunden waren jedoch so schwer, daß er im Krankenhaus verstarb.

Mühlhausen (Schw.), 3. Mai. Ein unbekannter 40 Jahre alter Mann wurde von einem auf dem Wege zur Arbeitsstätte befindlichen Tagelöhner in gräßlichem Zustande tot aufgefunden. Nach den Spuren, die sich über eine Strecke von 100 Metern auf der Straße erstreckten, ist der Unbekannte mit Benzol übergossen und dann angesetzt worden. Man fand den Toten über und über mit Brandwunden bedeckt; die Kleider waren bis auf die Schuhe vollständig von Leibe verbrannt. Drei junge Kurchen wurden ausfindig gemacht, die auslachten, gegen Mitternacht den Mann lichterloh brennend angetroffen zu haben. Nach kurzen vergeblichen Versuchen, die brennenden Kleider des Unglücklichen zu löschen, hätten sie ihn seinem Schicksal überlassen (!), ohne weitere Hilfe herbeizurufen. Da dieses Verhalten den Polizeibehörden überaus bestrebend erschien, wurden die drei jungen Leute verhaftet. Ob es sich um das Opfer eines Unfalls, eines Selbstmords oder eines Verbrechens handelt, konnte nicht festgestellt werden.

Wüste Ausjuchungen von Spahis

London, 3. Mai. Times meldet aus Algier: Am Abend des 1. Mai kam es in Ben Saaba (Südalgerien) zu wilden Szenen. Ungefähr 50 Spahis liefen mit gezogenen Säbeln in den Straßen umher, verwundeten mehrere Personen, kämpften gegen die Polizei und sogar gegen ihre eigenen Unteroffiziere. Der Zwischenfall war durch einen Streit zwischen Spahis und eingeborenen Zivilisten hervorgerufen worden.

Braucht man zum Schlafen Kraft?

Man kann sich so ermüdet oder erschöpft fühlen, daß ein Einschlafen unmöglich ist. Es tritt dann der paradoxe Fall ein, daß man vor lauter Ruhebedürfnis keine Ruhe findet. Wenn man diesen unnormalen Grad der Ermüdung überwinden und gesund schlafen will, dann sollte man seinen Körper vor dem Schlafengehen noch einmal gehörig stärken — nicht mit einer schweren Speise, sondern mit einer leicht verdaulichen Kraftnahrung. Tausende von Menschen nehmen zu diesem Zwecke Doomaltine. Das ist eine konzentrierte Kraftnahrung aus Malz, Milch, Eiern und Kaldo, die den Magen nicht belastet, sondern sofort ins Blut übergeht. Doomaltine wird abends am besten in Milch getrunken und schmeckt vorzüglich. Schon mit einer Dose zu 1,15 M aus der nächsten Apotheke oder Drogerie können Sie einen Versuch machen. Wollen Sie erst eine kostenfreie Geschmackprobe, so erhalten Sie diese von Dr. A. Wandert, G. m. b. H., Abteilung 155, DübenerHeide, 492

Grund- und Gewerbesteuerergesetz

Mittelständler gegen Konsumvereine - Nationalsozialisten verlangen Besteuerung der Konsumvereine - Sozialdemokratie prangert Konsumvereinsfeindliches Verhalten der Nazis an - Das Gesetz angenommen - Der Etat der Justiz - Eine Rede des Justizministers

Badischer Landtag

Die Weiterberatung des Staatsvoranschlags erfuhr eine kurze Unterbrechung durch die eingehende Erledigung des Gesetzentwurfs betreffend die Änderung des Grund- und Gewerbesteuerergesetzes. Dagegen es sich nach Aussage der Regierung nur um eine Anpassung an die erangenen reichsgesetzlichen Steuerbestimmungen handelt. Dennoch aber haben die Änderungen einen großen Umfang angenommen, wie auch die Bestimmungen so kompliziert sind, daß es dem Laien und Durchschnittsbürger kaum möglich sein dürfte, sich in der Materie zurecht zu finden. Die Sozialdemokratie hat mit Eifer und Energie im Haushaltsausschuß mitgearbeitet, sie hat sich besonders der Konsumvereine angenommen, denen die Mittelständler neue Lasten aufbürden wollten.

In der Aussprache schied das Zentrum einen fanatischen Mittelständler vor, den Abg. Graf (Achern). Für die Landwirtschaft und den Mittelstand hatte Herr Graf volles Verständnis, da konnte er nicht genug Entgegenkommen und Rücksicht verlangen. Aber der Organisation der Verbraucherschaft, der Arbeiterchaft, ist er prinzipiell feind. Welt die Verteilungsgeschäfte der Konsumvereine steuerfrei bleiben sollen, spricht Herr Graf von „Vorurteilung“ und „Ausnahmestellung“. Es ist blinder Fanatismus, die Filiale eines Konsumvereins etwa mit einer solchen eines Warenhauses oder eines sonstigen Großgeschäfts zu vergleichen. Es ist spießbürgerliche Rücksichtslosigkeit, zu glauben, man könne den Mittelstand retten, wenn man eine solche riesige Bewegung, wie es die Milionenorganisation der Verbraucherschaft ist, durch kleinliche Schikanen, durch Steuermaßnahmen hemmen zu können glaubt. Dabei noch eine Organisation, die Tausenden von Handwerkern und Gewerbetreibenden Verdienst und Arbeit gibt. Ob die Arbeiter und Beamten in der Zentrumsfraktion damit einverstanden sind, daß ausgerechnet solche ein fanatischer Mittelständler auf dieser Frage sich äußern dürften? Die Masse der Verbraucher wird sich jedenfalls diese reaktionäre Rede eines Zentrumsvertreters merken. Die Mittelständler haben ja offenbar keine Ahnung von der Dramatik der Genossenschaften. Sonst müßten sie zum mindesten wissen, daß z. B. unter den Mitgliedern der im Verband der süddeutschen Konsumvereine zusammengeschlossenen Genossenschaften sich auch 1883, das sind 5,6 Prozent der Gesamtmitgliedschaft, selbständige Gewerbetreibende befinden und 8869 oder 3,3 Prozent selbständige Landwirte! Der Fanatismus der Mittelstandsretter richtet sich also gegen deren eigene Standesgenossen.

Staatsanwalt muß die Haltung der Nationalsozialisten werden. Die Fraktion Köhler-Wagner beantragte ausdrücklich:

Der Filialsteuer unterliegen auch Konsumvereine, soweit sie Verbrauchergesellschaften sind.

Und diese Partei nennt sich Arbeiterpartei; diese Partei führt das Wort Sozialismus in ihrem Firmenschild 250 000 Angehörige des freien Berufs, Staats- und Gemeinbediensteter, gegen Lohn und Gehalt beschaffte Personen sind allein in Süddeutschland in Konsumvereinsgesellschaften organisiert. Wie viele auch von diesen Arbeitern, Beamten und Angestellten haben dieser Partei des Arbeiter- und Volksrats ihre Stimme gegeben? Nun haben sie wieder mal den Dank! Was trefft! Heute ja, morgen ja! Aber immer und immer Verat der allgemeinen Volkswirtschaft, immer Nachteile der Reaktion, des Kapitals. Die Herrschaften vom alten Reich verstehen es ja sonst immer, ihre wahren Absichten zu verhehlen, sie haben ja auch kein Programm. Aber jetzt haben sie sich im badischen Landtag doch einmal entlarvt! Sie sind und bleiben Feinde der schaffenden und arbeitenden Massen. In trefflichen Ausführungen stellte dies auch der Redner der Sozialdemokratie vor. Abg. Graf (Worzhelm) ist. Glück haben die Herren vom alten Reich allerdings nicht. Ihr Antrag wurde mit 48 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Trotz alledem: Das Vorhaben und das Verhalten der Nationalsozialisten darf von der Verbraucherschaft nicht unbenutzt werden.

24. Sitzung.

r. Karlsruhe, 3. Mai 1932.

Die Sitzung wird wiederum vom 1. Vizepräsidenten Reinhold geleitet. Wie der Oberstaatsanwalt dem Landtag mitteilt, ist das Ermittlungsverfahren gegen den Abg. Dr. Kraft (Karlsruhe) eingestellt wegen Verjährung des Landtags. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Gesetzentwurfs über die

Änderung des Grund- und Gewerbesteuerergesetzes

Der Ausschussbericht erstattet Abg. Cagler. Ueber die Einzelheiten des Gesetzes und den Verlauf der Auswahlerörterungen und die Beschlüsse des Ausschusses haben wir bereits eingehend berichtet. Der Ausschuss stimmte im wesentlichen dem Gesetze zu, wie es von der Regierung vorgelegt wurde.

Abg. Graf (Achern) (Zentr.) verweist darauf, daß auch dieses Gesetz seine Licht- und Schattenseiten habe. Die Regierung hat versichert, das Gesetz den neuen Auffassungen über das Steuerrecht anzupassen. Die im Gesetz vorgesehenen Änderungen bedeuten eine Überleitung zu der endgültigen Regelung in zwei Jahren. Wenn die Landwirtschaft Erleichterungen erfährt, so ist das zu begrüßen; auch wenn der Mittelstand gelindert wird. Der Redner wendet sich gegen die „Vorurteilung“ und „Ausnahmestellung“ der Konsumvereine! Sie seien eine scharfe Konkurrenz des Einzelhandels. Das die Konsumvereine in der Preisgestaltung die Führung hätten, beantragt der Redner. Trotz verschiedener Mängel werde aber die Zentrumsfraktion dem Gesetze zustimmen.

Abg. Meißel (D. Volk.) betont ebenfalls, daß die Landwirtschaft durch das Gesetz große Erleichterungen erfahre. Es sei dringend nötig, daß der gewerbliche Mittelstand weitestgehende Erleichterungen erfahre. Bei der starken Belastung würden viele Betriebe zum Erliegen kommen. Der Redner führt Beispiele aus seiner Heimat, daß z. B. ein Betrieb, der früher 100 000 Mark Umsatz hatte, jetzt nur noch 50 000 Mark erzielt. Die Filialsteuer diene der Erhaltung der Existenz des gewerblichen Mittelstandes.

Abg. Dr. Walbin (Dem.) glaubt feststellen zu müssen, daß die Regierung Bestimmungen, die zugunsten des Fiskus sind, vom Reich übernommen habe mit Bestimmungen aber, die dem Steuerpflichtigen Erleichterungen bringen, sich nicht beiläufig habe. Wenn das aus den verschiedenen Erleichterungen enthalte, so ist doch auszugehen, daß vermögens hätte auch bei dem Gewerbe befristet werden sollen. Eine Befristung hätte die Gewerbesteuertragspflicht erfährt. Wie werden uns bald mit gefeierten Maßnahmen zugunsten des Neubauschicks befassen müssen. Bank- und Kontokorrentkündigung sollen abwaschbar sein. Neue Vorkasse seien unerträglich für den kleinen Mann und Beruf. Man dürfe bei Steuererlassen nicht nur die Interessen des Fiskus, sondern auch die Interessen der Steuerpflichtigen berücksichtigen. Die Fraktion machte ihre Zustimmung zu

dem Gesetz von der Haltung des Hauses zu den von ihr eingebrachten Anträgen abhängig.

Finanzminister Dr. Mattes wendet sich gegen den Vorredner. Der Finanzminister habe kein Interesse an dem Gesetze, denn es bringe keine höheren Steuereinnahmen, sondern einen Steuerlärm. Wenn das Haus beschließt, daß der Gesetzentwurf zurückgezogen werden soll, so sei er, der Minister, sofort damit einverstanden. Die Uebernahme der Einheitswerte hätte unübersehbare Gefahren mit sich gebracht. Wir gingen im Interesse der Steuerpflichtigen an die Grenze des Notwendigen. Das Gesetz bringt wesentliche Erleichterungen für das Gewerbe. Beim Neubauschick kann nur eine individuelle Behandlung in Frage kommen.

Abg. Spielmann (Wirtschaftsw.) meint, das Betriebsvermögen sei bisher viel zu stark herangezogen worden. Bezüglich der Filialsteuer ist der Redner enttäuscht. Die Bestimmungen enthalten eine starke Einschränkung des Schutzes des Mittelstandes. Gegen die Befreiung der Konsumvereine legt Redner Verwahrung ein. Im übrigen stellt sich der Redner hinter die Forderungen der Zentrumsfraktion.

Abg. Veschler (Kom.) lehnt das Gesetz ab und stellt eine Reihe Abänderungsanträge. Das Gesetz habe keinen sozialen Charakter. Die Filialsteuer lehnt Redner ebenfalls ab. Er verlangt weitere Entlastung der kleinen Gewerbetreibenden.

Abg. Dr. Schmitt (Natl.) lehnt das Gesetz im Allgemeinen ab; es sei unübersehblich, und bringe keine wesentliche Verbesserungen. Mit einigen Bestimmungen ist Redner einverstanden. Er wünscht eine Warenhaussteuer. Die Konsumvereine müßten endlich zur Steuer herangezogen werden. Im übrigen enthalte sich die Deutschnationale Fraktion der Stimme.

Abg. Köhler (Natl.) bekräftigt Verbleibendes, was das Gesetz bringt. Dann verlangt er den Kampf gegen die Warenhäuser, Großdetailleure und Konsumvereine. Die Filialsteuer muß auf die Konsumvereine ausgedehnt werden. Es muß endlich reiner Tisch gemacht werden. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion bereit ist, einen Kompromiß zu machen. Sie stimme für das Gesetz eventuell, wenn die Besteuerung der Konsumvereine beschlossene wird.

Abg. Graf-Worzhelm (Soz.)

Gewerbe und Handel wird in dem Entwurf berücksichtigt. Befriedigt sind diese Kreise allerdings nicht, weil sie hinsichtlich des Schuldenschnitts nicht die Erfüllung aller Wünsche erleben. Alles rufe heute nach Steuererleichterung, aber noch niemand hat bis jetzt an die Wirkungen solcher Steuererleichterungen gedacht. Ueberall, wo die Besteuerung abgebaut worden ist, sind jene ohne ihr und kaum beachtet worden. Wir haben aber auch noch andere Kreise zu schützen, wie den Mittelstand. Nun kommt die Sondersteuer oder Filialsteuer. Die Steuer ist ein zweischneidiges Schwert. Es ist Sache des Publikums, wo es einfällt, wo es einfällt, wo es einfällt, immer den Ruf nach freier Spiel der Kräfte. Der Mittelstand schadet sich durch die Filialsteuer selbst. Man muß auch die Rechte der Weibliche beachten. Die Warenhäuser halten sich an ihren Lieferanten schadlos, und dazu gehören auch die Gewerbetreibenden. Man betrachte nur die Kundenschaft der Warenhäuser. So viele sind darunter, die draußen sich als schärfste Feinde der Warenhäuser aufspielen.

Wir bezweifeln es, daß die Konsumvereine von der Steuer frei bleiben sollen. Die Konsumvereine sind nicht auf Gewinn eingestellt. Es ist verfehlt, solche Einrichtungen zu besteuern. Es liegt nicht arbeiterfeindlich aus, auch wenn man das Wort im Munde führt, wenn man eine Besteuerung der Konsumvereine verlangt. Die Konsumvereine haben hohe Steuern. Die Konsumvereine beschäftigen fremde Arbeitskräfte. Es geht nicht an, diese Genossenschaften mit Steuern zu belästigen. Sie haben keine Steuervergünstigungen und werden in keiner Weise bevorzugt. Auch erhalten sie keine Unterstützung, weder vom Reich noch vom Land. Im Gegensatz zu diesen anderen Organisationen, denen man weit entgegenkommt. Es ist ein Unrecht, wenn man auf der einen Seite Steuererleichterung verlangt, auf der anderen Seite aber eine Einrichtung belassen will, die gemeinnützig ist. Wir wollen keine harte Belastung des Mittelstandes und Gewerbes, aber auch die Masse verdient Rücksicht. Man darf nicht auf der Seite belassen, wo die Belastung an sich sehr stark ist. Dem Gesetze stimmen wir zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Köhler (Natl.) stellt fest, daß die Nazis nicht Warenhausfeinde, sondern Warenhausfreunde sind, zum mindesten für Warenhausgeld. Unter großer Beilehrzeit zeigt der Redner ein zweischneidiges Injunkt im Witzlichen Beobachter, in dem ein großes Warenhausgeschäft Reklame machte. — Finanzminister Dr. Mattes wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Köhler. Er verweist darauf, daß sich in Thüringen in der Zeit der Naziherrschaft die Schulden besonders stark erhöht haben. Thüringen hätte alle Ursache gehabt, keine Schulden zu machen. Baden ist viel größer wie Thüringen, aber es hat nur so viel Schulden wie Thüringen. Zum mindesten hätten die Nationalsozialisten in Thüringen ihren Einfluß geltend machen sollen, daß die Schuldenlast nicht stetig. Auch in Brandenburg ist es nicht viel anders. — Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen.

Es folgen die Abstimmungen. Der Antrag der Nationalsozialisten auf Besteuerung der Konsumvereine wird mit 45 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten auch einige Zentrumsabordnete. Das Gesetz wird schließlich mit allen gegen 9 Stimmen der Demokraten und Kommunisten bei 11 Entzählungen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und Wirtschaftsparteiler angenommen. — Um 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen, Fortsetzung nachmittags 4 Uhr.

25. Sitzung.

In der Nachmittags-sitzung wird wieder mit der Beratung des Staatsvoranschlags fortgefahren. Zum Aufzug kommt der

Vorschlag des Justizministeriums

In Verbindung damit steht die Beratung der Denkschrift des Justizministeriums über die Sparanlässe bei Zusammenlegung von Amtsgerichten, Notariaten und Grundbuchämtern. — Berichterstatter ist Abg. Dr. Wolfhard. Er beantragt, den Etat mit einigen wenigen Änderungen zu genehmigen und von der Denkschrift stimmend Kenntnis zu nehmen.

Abg. Dr. Waldeck (W.) bekräftigt, daß bei den Notariaten nur einige wenige Änderungen vorgenommen worden sind. Gegenüber der Schiedsgerichtsbarkeit verdiene die ordentliche Gerichtsbarkeit den Vorzug. Bei manchen kritisierten Urteilen solle man bedenken, daß auch der Richter nur ein Mensch ist. Der Ehrenschick reiche zur Zeit nicht aus. Zu wünschen wäre, daß auch Vermögenslose sich mit Hilfe der Staatsanwaltschaft gegen Verleumdungen wehren können. Die allgemeine Kritik an Urteilen bedeute eine große Gefahr.

Staatspräsident Justizminister Dr. Schmitt

setzt sich für eine eigenstaatliche Justizhoheit ein. Die süddeutschen Staaten sind von hoher Würde und Stützen einer ruhigen Entwicklung. Der grundrätlicher Vorkämpfer einer Diktatur ist, der kann keine selbständigen Länder, keine andere Souveränität dulden. Gerade in Zeiten der Krise ist es nötig, daß es neben Berlin noch andere Landesregierungen gibt. Die Wirtschaftslage und die Ar-

beitslosigkeit verurachen der Justiz mehr Arbeit. Erfreulich sei aber, daß Baden keine Monstrosen aufzumeilen habe. Die Autorität der Gerichte leidet unter allzu großer Objektivität und Unspitzigkeit. Die Aeußerungen des Abg. Köhler über die Mahnung von Beamten bedeuten eine Provokation der Regierung. Viele Beamte werden aber den Verpöhlungen, die ihnen gemacht wurden, jetzt nicht mehr glauben. Das beste Mittel, um die Autorität der Gerichte zu heben ist: Verfassungstreue, absolute Gerechtigkeit, und ihre Einstellung zum Staat. Messoren werden nur angestellt, wenn sie schriftlich erklären, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen. (Zustimmung.) Der Richter muß sich durch eine gewisse Zurückhaltung Vertrauen schaffen. Das Schnellverfahren hat nicht die Erwartungen erfüllt, die man in es gesetzt hat. Solche Verfahren sollte man besser in Strafbefehlverfahren durchführen.

In der Presse soll man nicht nur den Kritiker, sondern den wertvollen Mitarbeiter erbliden. Staatsbeamten ist die Berichterstattung verboten und zwar vom Standpunkt des Doppelschneiders aus. Die Presse muß aber besser informiert werden. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist eine Forderung der Vernunft. Nur ein Diktator kann keine unabhängige Justiz brauchen. Man wird den Mißbrauch der Unabhängigkeit unter Umständen bekämpfen müssen, nicht aber die Unabhängigkeit selbst. Die Kritik sollte erst einleiten, wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist. Eine Kritik bei den Gerichten bestehe nicht. Lehnt eine Zeitung nur dann etwas veröffentlicht, wenn sie sich von der Wahrheit überzeugt hat. Zu erwägen sei die Schaffung einer Redaktions- oder Schriftleiterkammer, die allerdings auch mit einer gewissen Disziplinargewalt ausgestattet sei. Bei Terrorakten handelt es sich immer nur um einzelne konkrete Fälle. Als Täter kamen im letzten Jahr in Betracht: Beim Reichsbanner 10 Täter und 49 Verletzte, bei den Nationalsozialisten 82 Täter und 101 Verletzte, bei den Kommunisten 61 Täter und 28 Verletzte.

Der Minister bekräftigt sich sodann mit der Aufhebung von Amtsgerichten, deren Für und Wider er ausführlich erörtert. Die Grundbuchverfassung soll festgehalten werden. Die Strafanwaltschaft sollen sich einer gewerblichen Tätigkeit noch mehr wie bisher widmen, damit sie näher der Gesellschaft wieder zu stehen sind. Die Amtsvormundschaften sollen in Einzelnormundschaften übergeleitet werden.

Abg. Cagler (Ztr.) verlangt ebenfalls die Eigenstaatlichkeit der Länder. Die Zustellung des Latenrichtertums liegt im Interesse der Rechtspflege. Die Verwendung junger Referendare bei der Strafollizei sollte beibehalten werden. Die Arbeitsgerichte haben sich bewährt. Gegenüber den Nationalsozialisten bemerkt der Redner, daß sich durch den Vorwurf des Hochverrats nicht nur der Abg. Köhler, sondern die ganze Zentrumsparlei getroffen fühle. Man will sich nun darauf berufen, daß man zwei Schwären zum Opfer gefallen sei. Das Zentrum anemhnt das Budget.

Abg. Haas (Ztr.) macht Ausführungen über das Notariatswesen, worauf gegen halb 8 Uhr die Sitzung geschlossen und Weiterberatung auf Mittwoch, den 4. Mai, festgesetzt wird.

Volkswirtschaft

Die neuen Zinssätze

Der Zentrale Kreditausschuß hat folgende Beschlüsse über eine Änderung der am 9. 1. 32 getroffenen Abkommen über die Festsetzung von Höchstzinssätzen für heringegenommene Gelder gefaßt, die mit dem 3. Mai 1932 wirksam werden. In diesen Beschlüssen heißt es:

Der Zentrale Kreditausschuß setzt den Zinssatz fest, zu dem normale Sparanlagen höchstens zu verzinsen sind.

Normale Sparanlagen sind Einlagen auf Konten, die unter Festsetzung eines Sparrhythmus angelegt werden, der Geldeanlage, aber nicht dem Zweck des Zahlungsverkehrs dienen und über die jedoch nur unter Vorlage des Sparbuches verfügt werden darf.

Der Zentrale Kreditausschuß hat folgende Zinssätze für heringegenommene Gelder festgesetzt:

Für normale Sparanlagen höchstens 4%,
für Einlagen in provisorischer Rechnung höchstens 2%,
in provisorischer Rechnung höchstens 2%,
für Kündigungsfrist, sofern die Kündigungsfrist oder feste Laufzeit mindestens einen Monat und weniger als drei Monate beträgt, höchstens 4%,
sofern die Kündigungsfrist oder feste Laufzeit mindestens drei Monate und weniger als sechs Monate beträgt, höchstens 4%,
sofern die Kündigungsfrist oder feste Laufzeit mindestens sechs und höchstens 364 Tage beträgt, höchstens 5%,
für feste Gelder, sofern sie für einen Zeitraum von mindestens 31 und höchstens 61 Tagen heringegenommen sind, höchstens 4%,
unter dem am Tage der Berechnung geltenden oder höchstens 4%,
unter dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz,
sofern sie für einen Zeitraum von mindestens 62 und höchstens 91 Tagen heringegenommen sind, höchstens 1/2%,
unter dem am Tage der Berechnung geltenden oder höchstens 1/2%,
unter dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz,
sofern sie für einen Zeitraum von mindestens 92 und höchstens 364 Tagen heringegenommen sind, höchstens den am Tage der Berechnung geltenden oder dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz.
Diese Zinssätze treten am 3. Mai 1932 in Geltung.

Eine Herde des Tisches sind blanke Messer, Gabeln, Löffel usw., jedermanns Freude, besonders aber der Hausfrau, wenn die Vesteck ohne Mühe und Kosten stets gebrauchsfähig sind. Gleich unerschöpflichen Hausfrauen können auch Sie diese Vorteile genießen, wenn Sie Ihre alten Bestecke usw. zum rosten machen den ältesten Karlsruher Fachgeschäften Gehw. Schmid, Kaiserstraße 88 und V. Schäfer, Erpingenstraße 22 übergeben. Dort werden auch in kürzester Zeit alle stumpfen Messer, Scheren usw. sofort geschliffen und schabbeite Bestecke erneuert.

Rastatter Kohlenherde

m. Rückstoß, der 65% für alter Herd wird in Zahlung genommen. Ueber 100 Herde, Eisen, Besondere auf Lager. Mittel, Eisen, u. verb. vertrieb Fritz Gens, Waldstr. 13, Tel. 1926.

Durch Fisch

gesund und frisch

Bei Geschenken

an die Volksfreund-Buchhandlung den Großste Buchauswahl Waldstr. 29, Fernruf 7020/21

Gemeindepolitik

Reform der Bürgersteuer?

In dem neuen Heft der „Gemeinde“ (Kommunalpolitische Zeitschrift der SPD.) bespricht Dr. Künner die bedenklichen Pläne zur Reform der Bürgersteuer in einem ausführlichen, für die Kommunalpolitiker wichtigen Artikel.

Der Wohnungsbau in der Wirtschaftskrise; Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden; Nationalsozialismus und Wohlfahrtsfrage; Ueber die Bedienung von Einnahmen, das sind weitere wichtige Artikel dieses Heftes. Die Gemeinde informiert den praktischen Kommunalpolitiker über alle aktuellen Probleme, über die letzten Verhandlungen, Gesetze, Erlasse und kostet vierteljährlich nur 3 M., Einzelheft 50 Pf. Probenummern kostenlos.

Ergebnislose Bürgermeisterwahl in Forst

3. Forst (Amt Bruchsal), 3. Mai. Wieder ergebnislos verlaufen ist auch der zweite Wahlgang der Bürgermeisterwahl. Der Kandidat der Zentrumspartei Meißel, erhielt 19 Stimmen, der Kandidat der NSDAP, Gemeindevater Huber 17, und der Vertreter der SPD, Bürgermeisterstellvertreter Böcher 8 Stimmen. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Wahl. Es ist ein dritter Wahlgang nötig.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 2. Mai: Anna Kapp, alt 62 Jahre, Ehefrau von Michael Kapp, Beleuchter, Beerdigung am 6. Mai, 13.30 Uhr. Matthias Schröd, Werkmeister, Ebemann, alt 51 Jahre (Mittelsheim). — 3. Mai: Rosine Lichtenwalter, alt 35 Jahre, Witwe von Franz Lichtenwalter, Photograph, Beerdigung am 6. Mai, 12 Uhr. Geora Gehwinöner, Werkmeister, Witwe, alt 72 Jahre, Feuerbestattung am 6. Mai 11.30 Uhr.

Letzte Nachrichten

Französische Sozialisten und Stichwahlen

Paris, 4. Mai. Im sozialistischen Populaire erklärt Léon Blum: Sämtliche sozialistischen Vereinigungen haben bereits Kampfstellung für den zweiten Wahlgang eingenommen unter der Parole, der Reaktion den Weg zu verlegen und nicht in die antikomunistische Front einzutreten. Hebrail, wo unsere Vereinigungen die Zurücknahme unserer Kandidaten für geboten halten, werden wir dies tun.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe Naturfreunde. Heute abend fällt Photoband aus.

Wir veranstalten zur Zeit einen

Total-Ausverkauf

Sensationspreisen

zu kaufen. Die Preise sind zum Teil bis 75% ermäßigt

Es handelt sich in der Hauptsache um nur moderne u. neuzeitl. Muster u. Qualitäten

Verkauft nur gegen bar ununterbrochen von 1/2 9-7 Uhr

Spezialhaus für Gardinen u. Teppiche

Gebr. Kaul

Kaiserstr. 109
zwischen Adler- u. Kronenstraße

Statt jeder besonderen Anzeige

Tieferschüttert geben wir die traurige Nachricht, daß mein lieber herzensguter Mann, unser guter treusorgender Vater, Sohn, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Hubert von Steffelin

Major d. L. a. D., Inhaber des E. K. I und Ritter des Zähringer Löwenordens m. E. u. Schw.

nach langem schwerem Leiden, jedoch unerwartet rasch, im Alter von 51 Jahren, von uns gegangen ist.

Karlsruhe, den 2. Mai 1932

In tiefer Trauer: **Camilla von Steffelin**
Eugen von Steffelin
Margot von Steffelin
Joachim von Steffelin

Beisetzung Freitag, 6. Mai, nachm. 2 Uhr. Belleidsbesuche dankend abgelehnt.

Gestern nachmittag verschied unser sehr verehrter Chef und Firmenteilhaber

Herr Hubert von Steffelin

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen hochgeschätzten liebenswürdigen Chef, dessen Tatkraft und Umsicht uns vorbildlich war und dessen Güte wir viel verdanken.

Karlsruhe, den 3. Mai 1932

Die Beamten und Arbeiter
der Firmen Eugen von Steffelin - A. von Steffelin
Karlsruher Speditionsgesellschaft

Gelegenheitskauf! Je 2 gleiche moderne Betten in Eiche u. Holz wie neu m. Sat-Büffe Ferner Schränke, Bettlatten, Matratzen, Zude, Stühle, Nacht- und Kleiderstühle, Dipl. Schreibtisch, Stühlen, Büttel, Diwan, Uhren, Insigne usw. Alles sehr billig im An- u. Verkauf Gutmann, Rudolfstr. 12 u. Nr. 37802 im Volksfr.

Durand'sche Tapeten aus der neuen Kollektion 1932 marschieren an der Spitze! Schmücken auch Sie damit Ihr Heim! Schöne Tapeten sind Freudenbringer. Verlangen Sie bitte die neue Karte.

Akademiestr. 35 bei der Passage

Besichtige jeder die Schaufenster der Volksfreund-Buchhandlung in der Waldstraße

Todesanzeige

An den Folgen einer schweren Krankheit verschied am 2. Mai ds. Js. der Ehrenpräsident unseres Vereins, Herr

Hubert von Steffelin

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen Mann von vorbildlichem Charakter und eifrigen Förderer, dem wir immer ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

Karlsruhe, 3. Mai 1932

Gesangsverein „LYRA“ der Firma von Steffelin

Die Beerdigung findet Freitag, den 6. Mai, nachm. 2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Nachruf.

Die Gemeinnützige Baugenossenschaft Herdtwaldbildung Karlsruhe e. G. m. b. H. hat durch den Tod ihres Aufsichtsratsmitgliedes

Herrn

Karl Menges

einen schweren Verlust erlitten. Mit dem ihm eigenen Pflichtbewußtsein hat er in selbstloser, aufopfernder Weise im Vortragsamt und seit 1925 auch im Aufsichtsrat tatkräftig an dem Aufbau der Genossenschaft mitgearbeitet. Ein dauerndes Gedenken bleibt ihm bewahrt!

Aufsichtsrat und Vorstand der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Herdtwaldbildung Karlsruhe e. G. m. b. H.

Trauerbriefe

Herrn Hubert von Steffelin, Mitglied des Aufsichtsrates der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Herdtwaldbildung Karlsruhe e. G. m. b. H.

Ihre alte Küche gefällt Ihnen sicher nicht mehr, wenn Sie unser neuestes Modell gesehen haben. Das

Küchenbüfett

ist karol. pine, naturlos, Platten und Böden belegt und hat folgende reichhaltige Einrichtung: Abstellraum, Kühlraum, Besteckeinrichtung, Tonnen- garnitur, Kaffee- und Schneidemaschine. Im Aufsatz befindet sich die halbbare Lenkorteinfassung.

160,- nur kostet dieses wirklich schöne Küchenbüfett.

Möbel-Krämer
Kaiserstrasse 30 und 34

Gelegenheitskauf! Ein eichen. Schlafstimmer, bestehend aus 5-teilig. Kleiderbügel, m. Innenpiegel, Baldachinmöbel mit weißem Marmor und Spiegelanfaß, 2 Bettstellen und 2 Nachttische mit weiß. Marmor, nur wenige Wochen gebraucht, ist für den äußerst günstig. Preis von 320 RM. nur 80,- zu verkaufen. Näh. Seifenstraße 137, parterre. 2648

Zu kaufen gesucht: 1 Schmiede-Embos, Söllingen bei Durlach, Friedhofstr. 7 4798

Mittelsheim. Ucker, 18 Nr. beim Friedhof, bill. zu verk. Zu erk. unt. Nr. 800 im Volksfr.

Resi

Waldstr. 30
330 600 830

... und nun die amüsanteste u. reizvollste Tonfilm-Komödie dieser Spielzeit! Eine neue beachtliche Ufa-Premiere

Der kleine Seitensprung

Nicht zu vergleichen mit dem kürzlich in Karlsruhe gezeigten Film ähnlichen Titels

In den Hauptrollen:

Renate Müller

Herrmann Thimig, Hans Brausewetter, Otto Wallburg, Oscar Sabo, Paul Westermeyer, Hilde Hildebrand, Olga Engz

Machen auch Sie den kleinen Seitensprung mit, er sehnt Ihnen im Wirbel musikalisch-erregender Situationen Stunden reiner Freude und schallender Heiterkeit.

Und jetzt?

Parole:

Massenaufklärung

Lest unsere neuen Broschüren:

Eugen Prager, Wer hat uns verraten? Motto: Heiße, wie die Bonzen fliegen. Wenn das 3. Reich wird siegen! -10

Wilhelm Keil, Wagt ihr das? Was mit der demokratischen Republik erreicht wurde -15

1000 Worte Hitler! Das Nazi-Programm wird widerlegt -10

O. Mäntchen-Hellen, Rußland und der Sozialismus -20

Paul Renner, Kulturbohschewismus? Was hat die deutsche Kultur vom dritten Reich zu erwarten? 2.00

Elke v. Repkow, Justizdämmerung. Auftakt zum dritten Reich 1.50

Ortsvereine der S.P.D., Gewerkschaften! Unterstützt die Arbeit der sozialistischen Buchhandlung durch Massen-Vertrieb der oben angezeigten vier billigen Broschüren! Bestellt umgehend! Rabatt wie gewohnt! Die beiden zuletzt genannten umfangreicheren Arbeiten gehören in jede Partei- und Gewerkschaftsbücherei! Bestellt sofort! Parole!

Massenaufklärung

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernsprecher 7020/7021

Vereinsbank Karlsruhe e.G.m.b.H.

Geschäftshaus: **Kreuzstrasse 1** **Bank und Sparkasse**
Telefon 6227-29 **Älteste Handwerker- und Mittelstandsbank am Platze**

Merkel Kreuzstr. 28

Stragula 200 cm breit Irregulär . qm 1.50
200 cm breit, regulär qm 2.20
Läufer regulär
50 cm 60 cm 67 cm 90 cm 100 cm 110 cm 130 cm
-90 1.22 1.30 1.62 1.62 1.60 2.20

Groß-Karlsruher



Geschichtskalender

1521 Luther a. d. Wartburg abgeh. — 1886 Bombenattentat in Chicago. — 1915 Italien kündigt Friedensvertrag. — 1921 Rüstungsbudget. — 1924 Reichstagswahl. — 1927 Diktatorin Marie Antoinette. — 1930 Eröffnung der Arbeiterkammer des Reiches in Bernau.

1789 Beginn der großen französischen Revolution. — 1818 * Karl Marx. — 1871 * Rosa Luxemburg. — 1898 Arbeiterkammer Stephan. — 1921 Ultimatum der Entente. — 1926 Flaggenerordnung. — 1930 Gandhi in Karabi verhaftet. Unruhen in Indien.

Himmelfahrt

Weißt Du, wie wir einmal Himmelfahrt erlebten? Am 14. Mai 1915 war es, an der Lorettobühne, jener blutgetränkten Sättel, wo Kämpfer, Freund und Feind, ihr Leben für Kapitalismus und Mammonismus sinnlos hingeben mußten! Ein wunderbarer Moment war angebrochen. Doch nicht lange war uns Fühlens die Freude an dem klar-blauen Himmel und der warmen Frühlingssonne beschieden. Die ganze Stellung war bald in den Rauch unheiliger Geschosse gehüllt. Nachmittags steigerte sich das Minen- und Artilleriefeuer zum Trommelfeuer. Mit teuflischer List wurde alle 20 Minuten für 5 Minuten unterbrochen. Immer wieder klangen wir an die Brustwehren, um dann von neuem vom Trommelfeuer überflutet zu werden. Der Feind hat neue Batterien in der Gegend der Oberfeldstraße errichtet! Einmal sollte es ihm auch endlich gelingen, einen Einbruch in unsere Stellung durchzuführen. Gegen 5 Uhr wurde der ganze Abschnitt „Alfred II“ mit einem Feuerortan überschüttet. Geschosse fielen noch der Artillerie der feindlichen Infanterie ein. Es gelang dem Feind, der Gegend zu nahen, in den ganzen Abschnitt „Alfred II“ einzudringen. Das Trommelfeuer hatte unter uns furchtbare Verluste verursacht. Die Franzosen glaubten nun, auf der Straße Souchez-Koulette einen Spoziergang nach Souchez unternehmen zu können, um die letzten Verteidiger der Lorettobühne auch von Norden her abzuschneiden. Unter Verstärkung alarmierter Reserve gelang es, die Franzosen mit Sandoratanen wieder hinauszuschieben. Immer wieder verließen sie unsere Gräben zu stürmen. Es war ein nutzloses Beginnen. Reihenweise wurden sie abgeschossen. Keiner erreichte mehr unsere Gräben, aber auch nicht mehr ein Mensch. Das Zwischenfeld war mit Leichen bedeckt. Himmelfahrt!

In einer Stelle des Regimentsabschnitts, am rechten Flügel, war ein Maschinenabwehr eingebaut. Ein Bild des Grauens bot sich hier, das alles bisher von uns Erlebte weit in den Schatten stellte. Alles Leben schien vernichtet zu sein. Alles? Nein! Am rechten Flügel Kamerad Machowis, ein Lebender zwischen Toten. Überhaupt nicht schaut er nach vorn, seinen Schritt weit verläßt er seinen Feinden. Vor allem hat er eine Wunde an der Nase, die seinen feindlichen Regimenter im Auge, die von schweren Minen verwundet war. Als der Angriff begann und sich hier die feindlichen Massen aufeinanderballten, da fielen hier die anstürmenden Franzosen; sehr — amansia — fünfzig zu einem stürzenden, wimmern den blauen Haufen. Die Nachfolgenden stützen, hören das schreiende Rufen um ihre Ohren kehren um, stehen entsetzt ihren Gräben zu, den Tod im Nacken. Nicht ein einziger erreichte die feindliche Sturmstellung, weil — nur weil Füßler Machowis auf das Schicksal seines MG. gedrückt hat, spielend leicht, ohne jede Anstrengung.

Der Angriff war abgeklungen. 63 tote Franzosen, ohne die vielen Verwundeten zählte unser Kompanieführer Oberleutnant Hübner, allein in der Wunde im Drahtwerk. Das seltene Grün der Erde, in denen das vom vergangenen Jahre noch nicht geerntete Getreide und das Unkraut üppig wuchert, wird durch unzählige kleine Punkte unterbrochen. Da liegen sie in Reih und Glied, ein einzelner blauer Punkt davor, der Offizier, der vorangeführt war, mit 10 Schritten Abstand, vorwärtsmächtig. Für sie alle war heute Himmelfahrt, nur weil Füßler Machowis in einem todbenenden, stehenden, alles verschlingenden Granatbügel ausgehalten hat, erschütterlich! Aber auch Hunderte der Anzigen füllten die Gräben, hatten die Himmelfahrt angetreten!

Sehe, da ich diese Bilder des Grauens noch ungetrübt vor Augen sehe, ist abermals Himmelfahrt geworden. Die Welt hat mehr Waffen als je zuvor. Am armen Tisch in Genf aber verhandeln Diplomaten der ganzen Welt. Abzügen! Erlöse! Eines ist sicher: Hätten sie alle, die hier um Abzügen schädern, diese Himmelfahrt vom Mai 1915 erlebt, keine ganze Stunde wäre nötig, zur völligen Abzügen zu gelangen und Milliarden von Geld würden frei zur Lösung der heutigen Krisen- und Arbeitslosenfrage. Und wie an jenem Himmelfahrtstage mancher Himmelfahrer manch stiller oder lauter Gebet zum Himmel geschickt hat, könnten die heutigen Staatsmänner im Gebet Gott danken, daß sie einen Augenblick sind.

D. Fieberling.

Kleines Bild von der Straße

In unserer Zeit der Schnelllebensreform, des Tempos, geht das Leben für die Augenblicksbilder der Straße verloren. Vielleicht geht dieser oder jener über diese Zeilen — was soll uns diese kleine Skizze von der Straße? Wir haben doch keine Zeit, keine Lust für denartige, abseits liegende, belanglose Nebenächlichkeiten! — bitte, bitte!

Nur einem Krankenhaus steht ein atmobilischer Wagen — drei Personen, ein Junge, zwei Mädels — im Alter von vielleicht bis sieben Jahren sitzen mit großen Gartenblumensträußen, die sie abspannen, aufgeregten Gesichtern dem Hause zugewandt, die immer trampelnd an sich pressend, vor dem Wagen. Aus einem Fenster schaut eine junge Krankenschwester den Kindern zu; manchmal schreut sie eines der Kinder, aber leise, ganz leise: „Mutter, behutsam von der freundlichen Schwester und dem einfachen Manne geführt, durch die Gartentür tritt die kleine Kindertruppe der lächelnden, aber auch so blößen Mutter entgegen — dann aber drückt der Jubel los. Die Schwester, dessen Strahlen blickt auf über 30 Kilometer sichtbar ist. Nach der Konstitution ist es möglich, 20 verschiedene Bilder nacheinander gegen die Wolken zu werfen ohne den Scheinwerfer zu verlassen. Die Umgestaltung erfolgt in Sekundenbruchteilen durch den einfachen Druck auf den Knopf.

All die Bemühungen, dieser auf dem Gebiete der Reklame erlangten technischen Neuerung zu überbieten oder auch nur gleichkommen, sind bisher nicht gelungen und man kann mit Recht sagen: „Helfe ist allen voran!“

Karl Menges †

Schnell und unerwartet ist am vergangenen Freitag Genosse Karl Menges gestorben. Am Dienstag nachmittags 3 Uhr hat man ihn, geleitet von einem außergewöhnlichen großen Trauergefolge zu Grabe getragen. In der Friedhofskapelle sang das „Leuchterquartett“ zwei Trauerlieder und widmete dem Verstorbenen verschiedene Korporationen, denen er bei Lebzeiten als Mitglied angehört, als äußeres Zeichen der Verehrung einen Nachruf, verbunden mit der Niederlegung eines Kranzes. Am Grabe der letzten Ruhestätte unseres Parteifreundes legte Genosse W. Koch einen Kranz nieder und hielt dem bewährten Mitarbeiter einen tiefempfindlichen Nachruf. Anerkennung und Dankbarkeit für treue Mitarbeit im Interesse der Partei soll ihm weit über das Grab hinaus die örtliche Parteileitung. Eine sichtliche Erregung zeigte die große Trauerversammlung, als der alte siebzehnjährige Parteiveteran im Silberhaar, Genosse Friedrich, an die letzte Ruhestätte seines ihm lieb gewordenen Mitarbeiters trat. Getragen von innerer Erregung schilderte er, wie bedingt durch treue Mitarbeit im Interesse der Partei und für den Sozialismus er als Bezirksführer der Partei, unsern toten Freund schämen lernte. Ueber alle Sündenflüsse hinweg hat er die Ideen des Sozialismus getragen. Bis zur letzten Stunde hat er sich in den Dienst der Partei gestellt. Der Schmitter Tod hat eine fast unerlebbare Wunde in die Reihen der Vertrauensleute der Partei für den Bezirk Weststadt gerissen. Diesen Dank für all Deine Mitarbeit (siehe unter Parteiveteran den Nachruf an seinen Freund. In dem Gedanken einen ihrer Besten verloren zu haben, schied die Trauerversammlung von der letzten Ruhestätte ihres toten Freundes. Ihm ist es leicht, uns aber bleibt der Kampf.

Das Lichtboot „Perfil“ in Karlsruhe

Ein gewaltiges Scheinwerferlicht konnte im weiten Umkreis von Karlsruhe in den letzten Tagen am abendlichen Himmel beobachtet werden. Die Erzeugerin der bekannten „Wald- und Buschmittel“ Perfil, A. a. a., Hentel & Cie., hatte die Vertreter der Presse zu einer Besichtigung der neuesten ortsvorbereitenden Projektionsmaschine eingeladen. Ein elegantes diesel-elektrisch angetriebenes Schiff hatte am Karlsruher Rheinfähren angelegt, das außer der Leuchte als Werbemaschine eine technische Neuerung darstellt. Der Schiffsrumpf birgt, infolge einer auf seine berechneten Raumnutzung neben den üblichen Mannschaftsräumen und Küche eine moderne Maschinenanlage mit Kraftzentrale, eine bis zur höchsten Vollendung ausgearbeitete Projektionsanlage, das „Wald- und Buschmittel“. Über das Lichtboot beschränkt sich nicht nur auf die Projektion, sondern hat auch in seinen Räumen einen herrlichen Lehr- und Ausstellungsraum untergebracht. Lichtbild und Vorführungen zeigen hier dem Besucher die Eigenschaften der Erzeugnisse der Perfilwerke Hentel. Die Antriebsmaschine bildet ein 6-Zylinder-Dieselmotor mit 200 PS-Leistung bei 1000 Umdrehungen in der Minute.



Das größte Interesse wendet sich dem Projektor zu, deren Hauptbestandteil der Scheinwerfer mit der eigentlichen Lichtquelle und der so genannten Wortsprache zur Bildung der verschiedenen Zeichen, bilden. Wenn man sich vor Augenwärtigt, daß die Durchschnittslänge eines Wortes bei einer Wollenhöhe von 2000 Meter etwa 800 Meter beträgt und eine Buchstabenhöhe von ca. 400 Meter, eine Streifenbreite von 35 Meter hat, so handelt es sich hier um einen Scheinwerfer, der bezüglich seiner Lichtstärke auf der ganzen Welt noch nicht übertroffen wurde. Der Scheinwerfer hat einen Spiegeldurchmesser von zwei Metern. Die mittlere Intensität beträgt bei günstiger Ausnutzung reichlich 3 Millionen Kerzen. Mit der Wahl dieses Scheinwerfers sind in Bezug auf die Lichtquelle alle heute zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel erschöpft.

Karlsruher Sommertagszug am 8. Mai

Kunnebr steht die Zugordnung für den diesjährigen Sommertagszug, der aus 55 Gruppen besteht, endgültig fest. Danach zerfällt der Zug in 5 Abschnitte, und zwar sind im einzelnen vorgegeben:

I. Teil. Zugführer (beritten). 1. Vorreiter, gestellt von der Jugendgruppe des Reitvereins Durland. 2. Kranzträger, gestellt vom fädischen Gartenamt. 3. Fahnenführer und Helfer, gestellt von der freiwilligen Feuerwehr Durland. 4. Schildträger, Schützenscheit. 5. Rindergruppe (Schülergruppe, Knaben). 6. Rindergruppe (Schülergruppe, Knaben). 7. Zwei Puppen, Sommer und Winter, gestellt vom fädischen Gartenamt. 8. Rindergruppe (Karl-Wilhelm-Schule, Mädchen). 9. Schmetterlingsgruppe, gestellt vom fädischen Gartenamt. 10. Rindergruppe (Schülergruppe, Mädchen). 11. Fliegenplattengruppe, gestellt vom fädischen Gartenamt. 12. Rindergruppe (Tullaschule I und II, Knaben und Mädchen).

II. Teil. 13. Fahnenführer. 14. Trommler und Helfer, gestellt von der Bahnhofsfeuerwehr. 15. Harmonikapelle. 16. Frühling-Rinderreigen, gestellt von der Tanzschule Sonntag. 17. Rindergruppe (Eldenschule, Knaben). 18. Gänseflocke, gestellt vom Stadteil Ruppurr. 19. Rindergruppe (Ruppurrer Schule, Knaben und Mädchen). 20. Bremer Stadtmusikanten, gestellt vom Stadteil Ruppurr. 21. Klepperreitergruppe, gestellt vom Stadteil Ruppurr. 22. Rindergruppe (Eldenschule I, Knaben und Mädchen). 23. Rindergruppe (Eldenschule II, Mädchen). 24. Rindergruppe (Eldenschule III, Mädchen). 25. Sommer-Symbol, gestellt von der Karlsruher Räder-Jugend. 26. Rindergruppe (Gartenstraße I und II, Knaben und Mädchen).

III. Teil. 27. Vorreiter, gestellt vom fädischen Gartenamt. 28. Fahnenführer. 29. Wühlverein Karlsruhe. 30. Rindergruppe (Eldenschule, Knaben und Mädchen). 31. Reiter „Sommertagszug“, gestellt vom fädischen Gartenamt. 32. Rindergruppe (Weierheimer Schule, Mädchen). 33. Rindergruppe (Weierheimer Schule, Knaben). 34. Gruppe kleiner Turner, gestellt vom Stadteil Durland. 35. Rindergruppe (Durlander Schule, Knaben und Mädchen). 36. Rindergruppe, gestellt von Herrn Karl Langohr, Durland.

IV. Teil. 37. Fahnenführer. 38. Philharmonisches Orchester. 39. Rindergruppe (Waldhäuser Schule, Knaben und Mädchen). 40. „Im Puppenreich“, Rindergruppe, gestellt vom Verein abstinenter Männer. 41. Rindergruppe (Uhlenschule I, Knaben). 42. Reitergruppe, gestellt von Herrn A. Birkenmeier, Durland. 43. Rindergruppe (Uhlenschule II, Mädchen). 44. Rindergruppe, gestellt vom fädischen Gartenamt. 45. Rindergruppe (Waldhäusergruppe I und II, Knaben und Mädchen). 46. Rindergruppe (Schwerhörigen-Schule, Knaben und Mädchen). 47. Rindergruppe (Schwerhörigen-Schule, Mädchen). 48. „Waldhäuser“-Gruppe, gestellt vom Stadteil Ruppurr. 49. Rindergruppe (Rebenstraße I und II, Knaben und Mädchen). 50. Gartenswagen mit Musikpille, gestellt vom Stadteil Durland. 51. Rindergruppe (Hedel- und Markgrafenschule, Mädchen). 52. Blumenwagen, gestellt vom fädischen Gartenamt. 53. Rindergruppe (Waldhäusergruppe, Knaben und Mädchen). 54. „Das Schiff der Wälder“, gestellt vom fädischen Gartenamt. 55. „Ein Reiter“, Schützenscheit auf einem Gefel, gestellt vom fädischen Gartenamt.

Das Programm sieht darnach manch Neues vor, so ein selbsthaltiges Reitertheater, das seine Vorstellungen während des Umzuges gibt und nach Aufhebung des Zuges im Stadtpark weiter spielen wird. Zu gleicher Zeit wird im Stadtpark auch der herbstliche Winter zum Zeichen der Beendigung seiner Herrschaft feierlich verbrannt werden.

Die Karlsruher Bevölkerung wird achten, den vielen lieben Kleinen, die den Zug bewillern, und den Gruppen der Großen, die manche Mühe und Zeit auf die Anfertigung der Gruppenarbeiten verbracht haben, durch Befreiung der Gruppenarbeiten, wenigstens in den Hauptstraßen Amalienstraße, Rebenstraße, Gartenstraße, Gutenbergplatz, Uhlenschule, Weinbrennerstraße, Durlanderstraße, Rathhofstraße, Weierheimer Allee und Streifenmannplatz, und durch Zuspätkommen beim Umzuge selbst freundlichen Dank und Anerkennung zu sollen. Da der Sommertagszug bekanntlich immer viel Fremde herbeilodet, und davon die Karlsruher Geschäftswelt Nutzen zieht, ist es notwendig, daß die Bevölkerung sich gleichfalls in den Dienst der schönen Sache stellt, und die Zugveranfaller und Zugteilnehmer ermuntert, diesen schönen Brauch auch in künftigen Jahren durchzuführen.

Haber von Steffelin, ein in weiten Kreisen unterer Geschäftswelt und Bürgerschaft bekannter und geschätzter Mitbürger ist am 2. Mai 1930 im Alter von 72 Jahren gestorben. Nach Absolvierung des Gymnasiums verließ er die Heimat für seinen Beruf die notwendigen Kenntnisse in in- und ausländischen internationalen Expeditionshäusern. Zu Anfang dieses Jahrhunderts betätigte er sich an der Leitung seines väterlichen Unternehmens, das sich unter seine großartigen weitläufigen Mitwirkung bald fruchtig entwickelte und merkwürdigen Aufschwung nahm. Durch sein vorbildliches Wesen und seine Hilfsbereitschaft gewann der Geschäftsmann in allen Kreisen Anerkennung und Freundschaft. Vor einigen Jahren erlitt er ein schweres Herzleiden, das seinem Leben viel zu früh ein Ende setzte. Mit seinen Mitarbeitern verband ihn alles ein herzliches Verhältnis.

Waldhäuserverkehr der Post. Die Post bittet, zur Vermeidung von Anheftungen und Verzögerungen die Waldhäuser- und -päckchen möglichst frühzeitig aufzuschieben. Sie sind zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort, soweit notwendig unter näherer Bezeichnung seiner Lage, besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket und Päckchen muß die vollständige Anschrift des Abenders angegeben und in das Paket ein Doppel der Aufschrift gelegt werden. In den Päckchen sind etwaige Hohlräume mit Holzstoffs u. a. auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht eingedrückt werden. Sie müssen deutlich als „Briefpäckchen“ oder „Päckchen“ gekennzeichnet sein.

Rindertransport. Am Sonntag den 7. Mai d. J., nachmittags 17.30 Uhr, fahren die vom Verein Jugendhilfe im Kindererholungsheim Steinabach untergebrachten Kinder nach jechswöchentlich Kur hierher zurück.

Waldhäuser Karlsruhe. Wie uns der Verkehrsverein mitteilt, veranstaltet der „Internationale Verband für Wohnungswesen“, der in 26 Staaten Mitglieder zählt, in der Zeit vom 2. bis 16. Juli eine Studienreise durch Süddeutschland und die Schweiz. Die Reise soll die Teilnehmer mit dem Wohnungswesen und Städtebau einiger der interessantesten Städte der bereiften Gebiete bekannt machen und führt in Süddeutschland durch die Städte Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim und Frankfurt, von der letzten Stadt nimmt die Reise ihren Ausgang. Die Besucher werden Karlsruhe nicht nur wegen seiner einzigartigen städtebaulichen Anlage als Führerstadt, sondern auch wegen seiner vorbildlichen Beteiligung auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbauens in neuerer Zeit ein besonderes Interesse entgegenbringen.

Sonntagskonzerte im Stadtpark. Am Feiertag Christi Himmelfahrt, Donnerstag, den 5. Mai d. J., finden im Stadtpark zwei Konzerte statt und zwar von 11 bis 12.15 Uhr ein Morgenkonzert, ausgeführt von der fädischen Schülerkapelle unter Leitung des Herrn Hauptlehrer M. Greulich, und von 15.30 bis 18 Uhr ein Nachmittagskonzert, ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Rudolf Kurt Guhr. Bei schönem Wetter ist der Besuch dieser beiden Konzerte und des Stadtparks ansehnlich zu empfehlen, zudem der Stadtpark sich zur Zeit in schönster Blütenpracht dem Auge des Besuchers darbietet.

Grundsteinlegung des evang. Gemeindehauses in Karlsruhe-Ruppurr. Am Himmelfahrtstage findet nach dem Vormittagsgottesdienst die Feier der Grundsteinlegung für das evang. Gemeindehaus statt. Am 19. März erfolgte der erste Spatenstich. Seitdem ist der Bau rüstig vorwärts geschritten. Bis Späthjahr wird er seiner Bestimmung übergeben werden. Erfreulich ist, daß durch Errichtung des Hauses eine große Anzahl Leute wieder Arbeit gefunden hat.

Kleine badische Chronik

Die Heimkehr des Kriegsgefangenen Pauli Schwarz

23. Kehl, 3. Mai. Heute nachmittag hatte Kehl seinen großen Tag. Nach mehr als dreieinhalbjähriger Abwesenheit kehrte Alfonso Pauli Schwarz, der letzte deutsche Kriegsgefangene, in seine Heimat Kehl zurück.

Als vor dreieinhalb Jahren französische Truppen in Kehl einzogen, nahmen sie Schwarz, den auf Korsika geborenen Metzler, fest, weil er im Weltkrieg im deutschen Heere gekämpft hatte. Nach dreieinhalbjähriger Gefangenschaft auf der Teufelsinsel und in Canenne betrat Schwarz vor etwa acht Tagen zum erstenmal wieder deutschen Boden, nachdem die deutschen Bemühungen um Freilassung endlich von Erfolg gekrönt waren. Als pünktlich um 16.06 Uhr der Schnellzug einlief, dem Schwarz entstieg, erscholl ein tausendstimmiges Hoch. Schwarz wurde sofort von seinen Freunden auf die Schultern gehoben und in die Bahnhofsvorhalle getragen, wo ihn Gemeinderat Volk namens der Stadtgemeinde auf das herzlichste willkommen hieß. Nach einer Reihe Ansprachen wurde er im Triumphzug zu seiner alten Wohnstadt gebracht, wo er vom Vorstehenden des Kehler Turnvereins von 1845 begrüßt wurde. Dann begab sich Schwarz in seine Wohnung. Von dem Fenster aus richtete dann Schwarz tiefempfunden Worte des Dankes an die noch immer außerordentlich große Menschenmenge, die ihm andauernd Ovationen brachte. Nach ihm sprach noch ein Vertreter ehemaliger Kriegsgefangener, der die Bemühungen um die Freilassung Schwarzs schilderte. Langsam zerstreute sich die Menge, als Schwarz sich endlich vom Fenster zurückzog, um im Familienkreis seine endliche Heimkehr zu feiern.

Brand in Marlen

23. Marlen (Amt Kehl), 3. Mai. Gestern morgen brannte das Anwesen, in dem sich die Sandlung der Witwe W. Krieg befindet, nieder. Nur der alte Teil des Wohnhauses konnte gerettet werden. Erst der Motorpflug Kehl gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Auch das Schulhaus war in großer Gefahr. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Schaden ist erheblich, insbesondere da gerade der Neubau teil niederbrannte, der erst kürzlich vollendet wurde.

Raddelboot gefunken

23. Langenargen (Bodensee), 3. Mai. Während des Sturmes am Sonntag ist hier ein Raddelboot gefunken. Die beiden Insassen konnten gerettet werden.

Von der Ortskrankenkasse Heidelberg

23. Heidelberg, 3. Mai. Nach dem Geschäfts- und Rechnungsergebnis für das Jahr 1931 der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Heidelberg ist die Mitgliederzahl von 36 690 Versicherten auf 34 112 gesunken. Vereinnahmt wurden insgesamt 2 488 569 M., was mit einem Ausfall von 561 430 M. darstellt. Dieser große Ausfall von Beiträgen hat sich nur durch einen günstigen Krankenstand überwinden lassen. Das Kasienvermögen hat eine Abnahme von 50 630 M. erfahren.

Selbstmordverfuch

23. Unterzöschheim (Amt Bruchsal), 3. Mai. Eine über 60 Jahre alte Witwe prang in den Kraichbach, konnte aber noch rechtzeitig herangeholt werden. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

23. Badenweiler, 3. Mai. Meister im Badenweiler Kurpark. Die badische Regierung hat dem bekannten Kunstmalerei Emil Wieser das unterhalb der Burgruine Badenweiler gelegene hübsche Weingartenhaus, das langjährige Besizer des Kurparks, als Arbeitsraum zur Verfügung gestellt. Wieser, der seit 30 Jahren schon im Kurpark tätig ist, ist durch seine zahlreichen Werke, insbesondere Zeichnungen, in ganz Deutschland bekannt geworden. Er gehört zu den führenden Köpfen der badischen Sezession.

23. Muckenhof (Amt Kehl), 3. Mai. Gestern in die Dungsgrube gefallen und erstickt. Am Montag mittag fiel die 85 Jahre alte Frau Schuch in eine Dungsgrube und erstickte.

Politische Verwilderung

23. Kehlheim am Kaiserstuhl. Was man in einem Kaiserstuhler Ort sehen bekommt. In dem bei Kehlheim gelegenen Dorfe Kehlheim bekommen am 1. Mai die Sonntagstouristen ein Bild zu Gesicht, das für die politische Verwilderung unserer Lage bedenklich Zeugnis ablegt. In dem Bierstübchen beim Gasthaus „Zum Reithof“ hatte man ein Bierstübchen eingetrasen, an dem eine Tafel mit folgender Aufschrift befestigt war:

St. Zeichen der Notverordnung.
Dem Weinling Schreden und Tod!

Die letzten Worte waren von zwei auffällig sichtbar roten Kreisen umgeben. Ob die Birke samt der Aufschrift schon tagelang stand oder erst in der Nacht vom 30. April auf 1. Mai aufgerichtet wurde, entzieht sich unserer Kenntnis.

23. Heidelberg. Der Landesbezirk Baden des Bundes Deutscher Architekten hält seine diesjährige Vollversammlung in Heidelberg am Samstag, 7. Mai, ab. Die Tagung ist verbunden mit einer öffentlichen Rundgebung im Kammermusikkal der Stadthalle vormittags 11.30 Uhr, bei der der 1. Vorsitzende des Landesbezirks, Regierungsausschreiber Brunisch, über das Thema „Warum fordern wir einen Berufsschutz?“ sprechen wird. Neben nichtöffentlichen Besprechungen ist der Tag mit Besichtigungen neuer Bauten in Heidelberg und der im Bau befindlichen Redarkaufweise Strickhorn unter fachkundiger Führung vorgesehen. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Notlage, die seit Jahren bei den freischaffenden Privatarchitekten besteht, ist das Programm auf das Notwendigste beschränkt worden. Trotzdem ist zu wünschen, daß der Veranstaltung das Interesse entgegengebracht wird, das sie verdient.

23. Freiburg i. Br., 2. Mai. Die Flugaison hat begonnen. Seit dem 2. Mai ist die Flugaison für dieses Jahr wieder eröffnet und unsere Stadt an das internationale Flugnetz angegeschlossen. Trotzdem der Wettergott wenig Einlehen für den ersten Tag hatte, hatten sich doch eine Anzahl von Flugadligen eingefunden, um als erste die Strecke nach Stuttgart, sowie in Richtung Baden-Baden, Karlsruhe, Mannheim zu bezugen.

23. Willpütt (Amt Kehl). Freitag. Kaufmann A. Maas ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Groß war die Bestürzung allerseits, als das Ableben dieses geschäftstüchtigen und realen Mannes bekannt wurde. Auch er ist ein Opfer unserer Zeit mit seiner verbererenden wirtschaftlichen Not geworden.

23. Mosbach. Der rasende Tod. Am Sonntag nachmittag kamen hier auf der Hauptstraße zwei Motorradler so unglücklich zu Fall, daß der eine namens Erwin Heiningen auf der Stelle tot war, während der andere mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

23. Wiesloch, 3. Mai. Wirtschaftsbekämpfung. Die Tonwarenindustrie Wiesloch hat gestern mit etwa 250 Mann ihrer Belegschaft den Betrieb wieder aufgenommen.

23. Kraichbach. Selbstmord. Nachdem sich erst vor kurzem ein auswärtiger Gast, nämlich ein Industrieller aus Ludwigsbafen, in einem hiesigen Gasthaus erschossen hat, hat gestern in einem anderen ausbürgerlichen Hotel ein Reisender Selbstmord durch Vergiften verübt. Es handelt sich um den in Düsseldorf gebürtigen und in Württemberg bei Bad Wimpfen Chemiker A. Robert Berentkamp. Der Gast hatte zuletzt ein Glas Limonade sich auf sein Zimmer bringen lassen. Als er nach einigen Stunden nichts von sich hören ließ, wurde das Zimmer von der Kriminalpolizei geöffnet, die Berentkamp bereits tot vorfand. Die Hotelrechnung und der dazu nötige Betrag zum Begleichen, lagen auf dem Tisch, ebenso zwei Briefe, einer an seine Angehörigen, der seine letzten Wünsche enthielt, und ein anderer an die Badener Strafanstalt.

Die Sterblichkeit in Baden im Jahre 1931

Die Sterblichkeit hat in Baden seit 1920 fast ständig abgenommen. Das Jahr 1931 bringt nach den neuesten Feststellungen des Bad. Statistischen Landesamtes ein im Vergleich zu 1929 geringes Anwachsen der Sterblichkeit; sie ist von 28 064 im Jahre 1930 auf 28 466 oder 1,4 Prozent gestiegen. Diese Zunahme wird allein bedingt durch die Todesfälle von Erwachsenen. Die Zahl der Lebendgeborenen ist um 1,5 Prozent gesunken. Aber auch die Zahl der im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder ist von 3084 im Jahre 1930 auf 2705 im Jahre 1931 zurückgegangen. Das sind 379 oder 12,3 Prozent weniger. Mit dieser Zahl 2705 d. h. 6,6 auf 100 Lebendgeborene, hat die Kindersterblichkeit in Baden den seit Menschenedenken niedrigsten Stand erreicht (sie betrug beispielsweise 1871 bei einer Zahl von 52 654 Lebendgeborenen noch 16 489 oder 31,3 Prozent). Erfreulich ist ferner, daß die Todesfälle an Lungentuberkulose von 1614 im Jahre 1930 auf 1571 im Jahre 1931 gesunken sind. Das ist ein Rückgang von 2,7 Prozent. 1919 hat diese Krankheit noch 4132 Opfer gefordert, das waren auf je 10 000 der mittleren Bevölkerung berechnet 18,6. Im Jahre 1931 sind es nur noch 6,6. Dagegen fordert die Krebskrankheit alljährlich in steigendem Maße mehr Opfer als die Lungentuberkulose. So sind im Jahre 1931 in Baden mehr als doppelt so viele Sterbefälle an Krebs zu verzeichnen als an Lungentuberkulose. Die Zahl der an Krebs und bösartigen Neubildungen Gestorbenen ist von 3350 des Vorjahres auf 3479 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 3,8 Prozent; auf 10 000 der mittleren Bevölkerung entfallen 14,6 an Krebs gestorbene Personen. Im Zeitraum von 1920—1929 kamen noch auf 10 000 Lebende in Baden 12,3 Krebssterbefälle.

Rheinregulierung Kehl-Stein

Von der Wasser- und Strassenbaudirektion Karlsruhe wird uns mitgeteilt: Am 1. April d. J. waren von der 115 Kilometer langen Rheinstraße zwischen Kehl und Stein über ein Drittel, nämlich 48 Kilometer im Bau. Die Arbeiten erstrecken sich von Kehl bis Schenkelheim und von Schenkelheim (oberhalb Sasbach) bis Griesheim (unterhalb Neuenburg). Im Bauprogramm sind 5 Jahre Bauzeit für den Hochbau der Grundhöfen und Bühnen, die „Erste Anlage“ und 6 Jahre für das Mästen der Bühnenkronen, Säubern der Bühnenkäse und Uferhöfen, „Weiterer Ausbau“ vorgesehen. Die in der ersten Anlage ausgeführten Bauwerke ergeben im ganzen 24,5 Kilometer regulierte Flußlänge. Die Arbeiten sind im ablaufenden Jahre auf voranschreitenden und haben in den regulierten Abschnitten schon eine erhebliche Verbesserung des Fahrweges zur Folge.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist gegenüber den Wintermonaten, in denen Fällholzaufbereitung in den Waldungen rheinabwärts bis Germersheim im Gange war, niedriger; sie beträgt rund 1500, wovon 1180 unmittelbar auf die Baustellen zu rechnen sind.

Gewerkschaftliches

Schiedspruch für die badische Textilindustrie

Freiburg, 3. Mai. Nach achttägiger Verhandlung fällte die Schlichterkammer in Freiburg unter dem Vorsitz des Obergerichtsrates Dr. Hanewinkel folgenden Schiedspruch:

Das Lohnabkommen vom 18. Januar 1932 wird mit folgenden Änderungen ab 9. Mai wieder in Kraft gesetzt: Der Gelohn männlicher Arbeiter über 25 Jahren beträgt 52 Pf.; die übrigen Positionen des Lohnarbeits werden nach dem Verhältnis des Tarifs vom 18. Januar. Die Zeilohnzuschläge und die sozialen Zulagen bleiben bestehen.

Dieses Lohnabkommen soll mit vierwöchiger Kündigungsfrist erstmals am 30. September 1932 kündbar sein. Geltungsdauerfrist für die Parteien bis 6. Mai 1932.

Dereinsanzeiger

Am 4. und 5. Juli. Der Vereinsanzeiger hat unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden von Naturfreunde Mühlbach. Heute Zusammenkunft. 2641

Geschäftsleiter: Georg Schöppin. Verantwortlich: Volkm. Freitag Baden. Volkswirtschaft, Gemeindefürsorge, Soziales, Freizeiten, Aus der Welt, Die Welt der Frau, Viehe Nachrichten: E. Gräbebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mitternachten, Gerichtspraxis, Karlsruhe Umgebung, Sozialistische Jugendzeit, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Ausflüge: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Prager. Edmüthle wohnhaft in Karlsruhe

Sport

Handball

Bei den Handballern sieht es genau so aus, wie im Fußball. In allen Ecken und Enden herrscht Terminnot. Nach der Himmelfahrtstag muß zur Weiterführung der Meisterschaftsspiele bemußt werden, wenn der 3. Bezirk bis zum 22. Mai seinen endgültigen Bezirksmeister ins Gesicht schicken will.

Süd und Ostbaden sind spielfrei, dagegen muß La. Durlach auf dem H.R.-Platz zum Rückspiel gegen Mühlbach antreten. Das am vergangenen Sonntag in Durlach ausgetragene Rückspiel endete unentschieden 5:5. Es ist deshalb von besonderem Interesse, wie sich die Mannschaften in Karlsruhe verhalten.

In der Meistersrunde der II. Mannschaften empfängt Gillingen II. den Vertreter der Gruppe Rastatt, Durlach II. Schließlich findet noch ein Freundschaftsspiel Rastatt — Forchheim statt. Spielbeginn jeweils 3 Uhr.

Engberg empfängt den Neuling Schupport Forstheim und Grödingen tritt mit 4 Mannschaften gegen Bergdalen an.

Leichtathletik

Am vergangenen Sonntag kam in Feuerbach ein Städtelamp zwischen den Schwaben und einer Mannheimer Mannschaft zum Austrag. Mannheim hielt sich überraschend gut und sicherte sich besonders in den Frauenkonkurrenzen einen guten Vorsprung. Die bessere Gesamtleistung der Feuerbacher Leichtathleten entschied jedoch den Kampf mit 249:218 Punkten zu ihren Gunsten. Erwähnung verdient der Speerwurf des Hrn. Geiger-Freud mit 56,91 und der Diskuswurf der Sportlerin Rebr-Mannheim mit 32,66 Meter besondere Erwähnung.

Jugend

Kinderfreunde Karlsruhe

Gruppe Ost: Mittwochs und Samstags von 5 bis 7 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim.

Gruppe Süd: Mittwochs und Samstags von 5 bis 7 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim.

Gruppe West: Rote Falken: Mittwochs 5 bis 7 Uhr in der Gutenbergstraße Zusammenkunft. Jungfalken: Samstag 4 Uhr Treffpunkt an der Gutenbergstraße.

Gruppe Ostbaden: Mittwochs von 5 bis 7 Uhr Zusammenkunft in der Hütte.

Gruppe Rastatt: Mittwochs von 4 bis 7 Uhr Zusammenkunft im Modellierzimmer (Polizei).

Gruppe Mühlbach: Samstag um 3 Uhr Zusammenkunft im Kindergarten.

Helfer: Freitag Sitzung Rittersstr. 7. Wir machen erst am Sonntag, den 8. Mai die Falkenfabrik von Groß-Karlsruhe. Treffpunkt erfahrt ihr in den Gruppensammlungen.

Alle Falken die mitgehen ins Probeseitlager müssen dies spätestens noch diese Woche ihrem Helfer mitteilen. Saabrad, Uebernachtung und Verpflegung für 2½ Tage 3,20 M.

Aus dem Gerichtssaal

fahrlässige Tötung

— Ein Fall von besonderer Traurigkeit wurde gestern vor dem Karlsruher Schöffengericht aufgeführt. Eine kaum 20jährige Mutter, von Beruf Kindergärtnerin, war angeklagt, durch Fahrlässigkeit den Tod ihres Kindes verursacht zu haben.

Die junge Mutter, selbst noch ein Kind, verkörpert das Schicksal eines jungen Menschen von heute. Aufgewachsen in den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren erlebte sie zu Hause nur Hunger und Streit. Die Eltern lebten in einer zerrütteten Ehe und wurden erst vor einigen Jahren geschieden. Der Vater war ärmlich, unruhig und kümmerte sich nie um seine Kinder. Die Brüder halfen trotzdem dem Vater, das Müßel stand der Mutter bei, das war auch die Ursache der Entfremdung zwischen den Geschwistern. Zu allem Unglück starb die Mutter im Frühjahr 1931. Allein, auf sich selbst angewiesen, lebte nun das Mädchen von 19 Jahren da. Ueberall umgab sie Kälte und Treulosigkeit. Mit niemandem kann sie sich über ihre Sorgen und Schmerzen aussprechen. Aus innerer Not lernt sie so kurze Zeit nach dem Tod ihrer Mutter einen Studenten kennen und glaubt endlich jemanden gefunden zu haben, der sie versteht. Haltlos, wie sie ist, kommt bald noch ein Student dazu. Aber das Verhältnis bleibt nicht ohne Folgen und schon bald fühlt sich das junge Mädchen schwanger. Aus Trotz gegen die Umwelt verläßt sie, ihren Zustand unter allen Umständen zu verbergen. Ganz allein, ohne irgend welche Kenntnisse und Erfahrungen, steht sie der Geburt entgegen. Einmal hat das Mädchen den Versuch unternommen, für die Zeit der Geburt ein Unterkommen zu finden. Als der Betreffende aber nicht gleich darauf einging, ließ sie der Sache ihren Lauf. Dann gebar sie ganz allein in ihrer Kammer. Vielleicht war das Kindchen schwach, jedenfalls hat es nur einige Augenblicke geatmet und dann war das kurze Leben aus dem Körper entwichen. Aus Angst, daß ja niemand etwas erfahre, versteckte sie das tote Kind und aua wieder zu Bett.

Der Staatsanwalt wollte nun die junge Mutter deshalb ins Gefängnis bringen, weil sie die entsprechende Wartung bei der Geburt durch eine Hebamme oder einen Arzt unterließ. Der gerichtliche Sachverständige ist der Auffassung, daß alle Kinder, die zur Welt kommen, nur durch entsprechende Wartung und Pflege am Leben erhalten werden können. Mit Recht wies der Richter darauf hin, daß sehr viele uneheliche Kinder ohne jede fremde Hilfe geboren werden, ohne daß sie sterben. Die Tatsache, daß die angeklagte Mutter niemand hinzuzog, trieb nur für die psychopathische Trostreaktion. Auch der Staatsanwalt war der Auffassung, daß hier mildernde Umstände angebracht seien. Das Schöffengericht sprach die junge Mutter von der erhobenen Anklage frei. Mit Genugtuung wird das Urteil aufgenommen werden. Der jungen Mutter, die in ihrem Leben schon recht die Bitterkeit des armenleigen Daseins kosten mußte, ist schließlich das zermürbende Gefängnis erspart geblieben.

Eine fast unerschöpfliche Auswahl reizender

Neue Druckstoffe

Neuheiten

zu unerhört billigen Preisen!

SEIDE - KUNSTSEIDE - VOILE - WOLLMUSLIN - GARTENKLEIDER - TOBRALCO
ZEFIR - OXFORD - WIENER LEINEN - FROTTÉ einf. u. gem. - SILKANETTE - SELENIC

LEIPHEIMER & MIENDE

2618

